

6.7.50
Do/m 1029

Betrifft: Kampf gegen Spione und Agenten im Kreise Beeskow/Spree

(Das nachstehend wiedergegebene Schreiben ist bei dem Kreisvorstand der SED in Beeskow/Spree der Quelle zur Kenntnis gekommen, wurde von ihr abgeschrieben und hier vorgelegt.)

Stand: Ende Juni 1950

Die von den imperialistischen Geheimdiensten und Agenturen in das Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik entsandten oder hier angeworbenen Spionen, Saboteure und Agenten leisten eine Schädlingearbeit, die nicht unterstützt werden darf. Die Entartung der ehemaligen kommunistischen Partei Jugoslawiens und der Übergang Clique Tito-Rankowitsch zum Faschismus sind ein warnendes Beispiel für alle.

Ebenso wie die Nazis sind die Tito-Rankowitsch heute der Vordruck der faschistischen Hetze gegen die Sowjetunion, die das Bollwerk des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus sind.

Die Prozesse gegen Rajk in Ungarn und Kosdoff in Bulgarien haben den einwandfreien Beweis erbracht, dass die Tito Clique im Auftrag und im Solde des amerikanischen Imperialismus ein verzweigtes Netz von Agenten in allen demokratischen und friedliebenden Ländern unterhält, die das schmutzige Handwerk der Kriegstreiber besorgen sollen.

Die Behandlung der Beschlüsse des Informbüros und die Behandlung der Prozesse gegen Rajk in Ungarn, Kosdoff in Bulgarien, trugen wesentlich zur Klarheit über das verbrecherische Treiben der Tito-Clique bei. Ungeachtet dessen, ist die Wachsamkeit gegen Agenten, Saboteure und Agenten ungenügend. Der Fall Brundert wurde in der Partei unseres Kreises nicht zu einer weiteren Wachsamkeit der Partei benutzt. Selbst das Kreissekretariat beschäftigte sich bisher nicht mit dem Prozess gegen Herwegen, Brundert und Komplizen.

Die bei uns im Kreis vorgekommenen Sabotageakte im Deka-Reifenwerk und anderen Stellen wurden im wesentlichen nicht zu einer breiten Aufklärung der Belegschaft und der Bevölkerung benutzt, sondern war Angelegenheit der administrativen Organe unseres Staates. Es ist noch eine grosse Schwäche unserer Partei im Kreis, dass wir es nicht verstehen einzelne Spione, Sabotageakte und so weiter zum Anlass zu nehmen, um in der gesamten Partei und darüber hinaus in der Bevölkerung die Wachsamkeit gegen Spione und Agenten zu fördern. In Niederlehme, Storkow, Neu-Zittau, Märkisch-Buchholz und in anderen Gemeinden unseres Kreises werden von Feinden Flugblätter, Plakate und Zeitschriften usw. verbreitet und in keinem einzigen Fall die Bevölkerung über das verbrecherische Treiben dieser Agenten aufgeklärt. Es gibt sogar Fälle wo Ortsvorsitzende unserer Partei, als sie den Brief des Ortsbüros gegen das Deutschlandtreffen erhielten öffentlich verlesen wollten und der Meinung waren, dass dieser Brief vom Parteivorstand unserer Partei herausgegeben wurden. Viele Ortsgruppen der Partei haben diesen Brief

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
SOURCE METHOD EXEMPTION 3B2B
NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
DATE 2006

diesen Brief des Ortsbüros erst nach Wochen im Kreissekretariat abgegeben. Hierin zeigt sich zweifellos eine mangelnde Wachsamkeit gegen Agenten, Spione und Saboteure usw.

Die Polizei dieses Kreises sieht den Kampf gegen Agenten und Spione nur im wesentlichen von den administrativen Seiten. Die Aufgabe der Volkspolizei aber ist es, nicht nur administrativ zu arbeiten, sondern auch die Bevölkerung aufzuklären und die Bevölkerung zur allgemeinen Wachsamkeit zu erziehen.

Bericht

Betrifft : Beurlaubung von Herrn Dorer.

Am 18.9.1950 gegen 15.30 bat Herr Tillich den Unterzeichnenden in seiner Eigenschaft als Abwehrmann an einer Unterredung zwischen Herrn Tillich und Herrn Dorer teilzunehmen. Nach Betreten des Zimmers fragte Herr Tillich, nachdem er über die allgemeine Arbeit ganz kurz gesprochen hatte, wie Herr Dorer eigentlich in die KgU gekommen sei. Herr Dorer sagte, dass Herr Schäfer ihm die Stelle

nicht gekannt hatte und ihm dieses Angebot von einem Herr Richter, Frankfurt, Klaus-Groothstr 40 gemacht worden sei. Richter sei mit Schäfer befreundet gewesen. Schäfer, der zur Zeit in München ist, stünde jetzt mit Dr. Hoffmann noch in Verbindung. Herr Tillich fragte weiter, ob Herr Dorer den Mitteldeutschen Freundschaftsbund kenne, und ob er Verbindungen (Informationsaustausch) mit dem Bund habe. Hierzu erklärte Dorer, dass er nur das Material zu Mr. Thomson gebracht habe, was angeordnet war. Ausserdem unterhält er die lose Verbindung zur SPD und GCIS. Er betonte weiter, dass er sonst keine Verbindung irgendwelcher Art pflege. Auf die Frage Herrn Tillichs, ob und was Fräulein Reich für ihn nach Dienstschluss geschrieben habe, entgegnete Dorer, dass Fräulein Reich die Berichte mit Quelle für Mr. Thomson geschrieben habe, da Fräulein Nordmann eine Zeitlang nicht sein volles Vertrauen hatte. (Sie war Angreifer von aussen ausgesetzt, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellten. Eine nähere Erklärung hierzu gab er nicht). Dorer betonte dann seine Ehrenhaftigkeit und sagte, dass er sich denken könne, von wem diese indirekten Vorwürfe kämen, und er müsse in diesem Zusammenhang sagen, dass diese versteckten Vorwürfe Herrn Dr. Hoffmann gemacht werden müssen, der, wie er aus einer zuverlässigen Quelle wisse, mit seinem Bruder, von Zurmühlen, Hannover, DM 500,--monatlich aus Baltenkreisen bekäme. Auf die Frage Herrn Tillichs, warum er von Herrn Dorer in dieser Angelegenheit nicht informiert worden wäre, antwortete Dorer, dass er noch keine Gelegenheit hatte, Herrn Tillich zu sprechen.

Herr Tillich erklärte, dass er wohl einsehen müsse, dass er ihn, Herrn Dorer, sofort zur Disposition müsse, bis die Ermittlungen zum Abschluss gekommen sind. Tillich sieht darin keine ehrenrührige Handlung, im eigenen Interesse bitte er, es nicht laut werden zu lassen, damit bei einem negativen Ergebnis keine Unannehmlichkeiten entstünden für Herrn Dorer

Martius

Betrifft : Beurlaubung von Herrn Dorer.

Am 18.9.1950 gegen 15.30 hat Herr Tillich den Unterzeichnenden in seiner Eigenschaft als Abwehrmann an einer Unterredung zwischen Herrn Tillich und Herrn Dorer teilzunehmen. Nach Betreten des Zimmers fragte Herr Tillich, nachdem er über die allgemeine Arbeit ganz kurz gesprochen hatte, wie Herr Dorer eigentlich in die KgU gekommen sei. Herr Dorer sagte, dass Herr Schäfer ihm die Stelle vermittelt hätte. Er erklärte weiter, dass er Herrn Schäfer vorher nicht gekannt habe, dass dieser aber in der Zeit, als er in Frankfurt, Klaus-Groothstr 40 gemacht worden sei. Richter sei mit Schäfer befreundet gewesen. Schäfer, der zur Zeit in München ist, stehe jetzt mit Dr. Hoffmann noch in Verbindung. Herr Tillich fragte weiter, ob Herr Dorer den Mitteldeutschen Freundschaftsbund kenne, und ob er Verbindungen (Informationsaustausch) mit dem Bund habe. Hierzu erklärte Dorer, dass er nur das Material zu Mr. Thomson gebracht habe, was angeordnet war. Ausserdem unterhält er die lose Verbindung zur SPD und GCIS. Er betonte weiter, dass er sonst keine Verbindung irgendwelcher Art pflege. Auf die Frage Herrn Tillichs, ob und was Fräulein Reich für ihn nach Dienstreise geschrieben habe, entgegnete Dorer, dass Fräulein Reich die Berichte mit Quelle für Mr. Thomson geschrieben habe, da Fräulein Nordmann eine Zeitlang nicht sein volles Vertrauen hatte. (Sie war Angriffen von aussen ausgesetzt, die ihre Zuverlässigkeit in Frage stellten. Eine nähere Erklärung hierzu gab er nicht). Dorer betonte dann seine Ehrenhaftigkeit und sagte, dass er sich denken könne, von wem diese indirekten Vorwürfe kämen, und er müsse in diesem Zusammenhang sagen, dass diese versteckten Vorwürfe Herrn Dr. Hoffmann gemacht werden müssen, der, wie er aus einer zuverlässigen Quelle wisse, mit seinem Bruder, von Zurmühlen, Hannover, DM 500,-- monatlich aus Baltenkreisen bekomme. Auf die Frage Herrn Tillichs, warum er von Herrn Dorer in dieser Angelegenheit nicht informiert worden wäre, antwortete Dorer, dass er noch keine Gelegenheit hatte, Herrn Tillich zu sprechen. Herr Tillich erklärte, dass er wohl einsehen müsse, dass er ihn, Herrn Dorer, sofort zur Disposition müsse, bis die Ermittlungen zum Abschluss gekommen sind. Tillich sieht darin keine ehrenrührige Handlung, im eigenen Interesse bitte er, es nicht laut werden zu lassen, damit bei einem negativen Ergebnis keine Unannehmlichkeiten entstünden. für Herrn Dorer.

Martin

02

Der anliegende Bericht ist von

Quelle 2450 verfasst worden.

Quelle ist mit mir persönlich bekannt und hat mit
mir über den Bericht gesprochen.

Quelle 1029 ist aus Verpönnissen.

T

Betrifft: Fall eines offenkundigen Vertrauensbruchs durch
Herrn D o r e r .

Vorbemerkung: Diese Angelegenheit wurde durch Zufall Herrn Todt und
Fred Walter bekannt. Sie wurde nach einer zweimaligen
persönlichen Rücksprache mit der unten angegebenen Quelle

Herr T o d t und Herr W a l t e r standen seit Herbst vorigen Jahres
auf Grund persönlicher Bekanntschaft mit verschiedenen Jugendlichen in
Beeskow in Verbindung. Diese Verbindung brach Anfang 1950 infolge der
Flucht zwei dieser Jugendlichen ab. Im Sommer 1950 wurde Herrn Todt von
einem politischen Flüchtling aus Beeskow telefonisch mitgeteilt, dass
ein Brief mit Informationen an ihn unterwegs sei. Dieser Brief erreichte
jedoch nicht Herrn Todt.

Am 6.7.1950 ~~4-11-1950~~ liess Herr Dorer von Frau Knitsch einige Schreib-
maschinenberichte abschreiben, die Informationen aus dem Kreise Beeskow
enthielten. Die von Frau Knitsch geschriebenen Berichte wurden in der üb-
lichen Berichtsform der KgU angefertigt. Sie tragen das Diktatzeichen
Do/m, die Quellennummer 1029 und die Quellenbeurteilung: V-Mann, glaub-
würdig.

Aus einem bestimmten Verdachtsgefühl heraus untersuchten Todt und Walter
die Quellennummer. Es stellte sich heraus, dass die Quelle 1029 ein
gewisser Heinrich Krakow aus Grimmen /Mecklenburg war, der als Bericht-
erstatter beim RIAS bekannt ist und in der Zentralkartei auf Grund der
Beschnipselung P 19 als solcher sofort herauszunehmen ist. Der Verdacht,
dass es sich um eine falsche Quellenangabe handele, die bewusst von Herrn
Dorer gefälscht wurde, wurde am 21.9.1950 durch einen anderen Fall be-
stätigt.

(Der von Herrn Dorer auf militärische Informationen angesetzte Herr Baumann
führte die Quellennummer 1044, was wiederum die Nummer eines RIAS-Bericht-
erstatters ist, der also auf Grund seiner Beschnipselung aus der ZK heraus
gesucht werden kann.)

Wenige Tage nach Aufkommen dieses Verdachtes rief Frll. Gisela K u c h n e r
aus Beeskow von Berlin aus Herrn Todt an. Sie fragte, ob ihre mittels ein-
er Flüchtlings geschickten Informationen angekommen seien. Herr Todt verneinte
fragte aber kurz nach dem Inhalt eines der Schreiben. Er erhielt sofort
die Bestätigung, dass einer der Berichte, der die Quellennummer 1029 trug,
von Frll. K. stammte.

In einer persönlichen Unterredung mit Frl. K u h n e r t , in deren Verlauf Herr Todt den Bericht 1029 über kirchliche Verhältnisse im Kreise Beeskow vorlegte, wurde die Identität der Informationen festgestellt.

Eine Überprüfung im Posteingangsbuch ergab, dass der Brief Frl. Kuhnert an Herrn Dorer weitergeleitet worden war, obwohl "zu Händen von Herrn Todt" darauf gestanden hatte. Die Posteingangsnummer wurde seinerzeit Herrn Dr. Hoffmann schriftlich mitgeteilt.

Am 21.9.1950 erschien Frl. K u h n e r t , die zur Zeit im Ostsektor Berlins arbeitet, bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, um bei Herr Todt einige persönliche Anliegen vorzubringen. Da Herr Todt das Haus bereits verlassen hatte, wendete sie sich an Herrn Walter, der ihr ja auch bekannt war.

In Gegenwart von Herrn M a r t i n i wurde Frl. K. ein weiterer Bericht "Kampf gegen Spione und Agenten im Kreise Beeskow" (6.7.1950 Do/m - Quelle 1029) vorgelegt. Sie erkannte ihn einwandfrei als einen ihrer Berichte, der lediglich mit anderem Kopf umgeschrieben war.

Der Bericht über "Kirchliche Verhältnisse" konnte ihr nicht noch einmal vorgelegt werden, da er zur Zeit ausgeliehen worden ist. Ein Exemplar befindet sich in Händen Dr. Hoffmanns, ein anderes wurde seinerzeit von Herrn Dorer an Herrn Tillich übergeben, der es einer Kirchenstelle übersandte. (Begleitschreiben, geschrieben von Frau Kochanowski)

Abschliessend ist festzustellen,

- 1.) der an Herrn Todt gerichtete Brief wurde unterschlagen,
- 2.) es wurde bewusst eine irreführende Quellenbezeichnung verwendet
- 3.) die Quelle wurde als glaubwürdig bezeichnet, obwohl Herr Dorer die Quelle überhaupt nicht kannte
- 4.) die Berichte erhielten das Diktatzeichen Do, obwohl es sich nur um Abschriften und demnach um keine eigenen Arbeiten handelte.

Es ist zu betonen, dass die wirkliche Quelle Herrn Dorer bekannt gewesen ist. (Briefumschlag). Auch ist Frl. K. in der Zentralkartei karteimässig notiert und führt eine Quellennummer.

Wann

Es ist zu bemerken, dass Herr Dorer auf militärische Informationen angesetzt worden sind.

- 1.) Am 18.8.1950 erschien hier ein Herr G a s s m a n n aus Burg bei Magdeburg, der verschiedene Informationen, darunter auch militärische Nachrichten, überbrachte.

Es war zu dieser Zeit noch so, dass verschiedene Nachrichten verschiedensten Sachbearbeitern anliefen, da noch kein Referat Ostberatung bestand. Später wurden diese Leute der "Ostberatung" (Dr. Wagner) zugeleitet.

G. hat zunächst mit Dr. Urban, dann mit Fred Walter zusammengearbeitet. Er erschien letztendlich im Januar oder Februar dieses Jahres. Später wurde angenommen, dass er verhaftet sei bzw. sich zurückgezogen habe.

(Herr Dorer war an diesem Tage in Westdeutschland)

Als G. am 18.8.1950 bei Fred Walter erschien, herrschte auf beiden Seiten grosse Überraschung. G. dachte, dass Walter nicht mehr da sei. Auf die Frage, wo er solange gewesen sei, antwortete G., er sei regelmässig alle 4 bis 5 Wochen bei der KGU, Herrn D o r e r, erschienen. Im weiteren Verlaufe der Unterhaltung sagte G., er sei von Herrn Dorer speziell auf militärische Dinge angesetzt worden, für die er jeweils Dm 25.-- (Westmark) erhalten hat. Als ihm Walter fragte, ob er einige Dinge über die Polizei in Burg, die zu diesem Zeitpunkt hier gerade interessierten, erfahren könne, antwortete G., er habe gerade das bei seinem letzten Besuch bei Herrn D o r e r berichtet. Herr Dorer habe das aber als uninteressant bezeichnet und ihn ausdrücklich auf militärische Informationen (Rote Armee) verwiesen. Einige schriftliche Informationen beweisen das. (Diese wurden von Walter Herrn Dr. Hofmann übergeben).

- 2.) Am 19.8.1950 erschien bei Fred Walter ein Herr B r o s z, der von der Anmeldung zu ihm verwiesen worden war, da Herr Dorer nicht im Hause weilte.

B. machte einen ziemlich undurchsichtigen Eindruck. Er berichtete, dass er seit einigen Monaten mit Herrn Dorer zusammenarbeite und mit dem Aufbau einer Gruppe beauftragt worden sei, die in der Gegend Lützenau-Luckenwalde-Jüterbog militärische Informationen für Herrn Dorer sammeln sollte.

B. bat bei diesem Besuch um Nennung eines alliierten Offiziers, mit dem er ausserdem noch in Verbindung treten könne. Herr Dorer habe ihm das diese Verbindung bei seinem letzten Besuche zugesagt.

- 3.) Am 21.8.1950 erschien bei Herrn Walter ein Herr B a u m a n n aus Sulza/Thüringen.

B. wollte zu Herrn Schmitt, um über eine in Weimar durchgeführte Raketenaktion Bericht zu erstatten und weitere Aktionen zu besprechen. Da Herr Schmitt noch nicht anwesend war, sprach er zunächst mit Herrn Walter.

Herrn Dorer angerechnet und
diese in den West zurückgeleitet
zu bekommen. W

4.) Baumann:

Im Verlaufe der Unterhaltung liess B. erkennen, dass er seit längerer Zeit auch mit Herrn D o r e r zusammenarbeite. Näher befragt, teilte er mit, dass er lange bevor er mit der "Ostberatung" in Berührung gekommen sei - bei Herrn Dr. B e n t e l gewesen sei und von diesem zu Herrn Dorer geschickt wurde, für den er seit diesem Zeitpunkt speziell militärische Nachrichten gesammelt habe. Diese seien über eine westberliner Deckanschrift an Herrn Dorer weiterge-

Herr B. wurde von Walter dazu nicht eingehend befragt, sondern Herrn M a r t i n i zur ausführlichen Feststellung überwiesen.

4.) Am 21.9.1950, anschliessend an die Presse-Besprechung im Zimmer von Herrn Dr. Beutel, machte Herr S t e i n b e r g (KdU) Walter die Mitteilung, dass er vor ca. 14 Tagen von Herrn Dorer einen V-Mann zugewiesen bekommen habe, den er nunmehr nach Dorers Weggang der "Ostberatung" übergeben wolle.

Steinberg teilte in diesem Zusammenhang mit, dass er diesen V-Mann im Auftrage Dorers an einem nicht bezeichneten Treffpunkt aufgesucht habe. St. wurde nicht eingehend befragt, sondern sofort an Herrn M a r t i n i verwiesen.

5.) Cornelius:

Vor einigen Wochen wurde Herr Schmitt telefonisch zu Herrn Dr. Beutel gebeten, um an einer Besprechung zwischen diesem, Herrn Dorer und zwei Widerstandskämpfern aus der Ostzone teilzunehmen. Einer von ihnen (Cornelius), welcher ehemaliger Angehöriger der französischen Widerstandsbewegung gewesen war und somit über die notwendige Kampferfahrung für die illegale Widerstandarbeit verfügte, machte einen Flugblattabwurf-Vorschlag. Zu diesem Zweck entwickelte er ein besonderes Gerät und bat um dessen Herstellung. Der diesbezügliche Vorschlag wurde jedoch durch das Vorhandensein unserer Flugblatttraktaten illusorisch. Dennoch erschienen Herrn Schmitt die beiden Erschienenen, welche einen vorzüglichen und praktisch in jeder Weise brauchbaren Eindruck machten, für eine weitere Zusammenarbeit unbedingt wertvoll. Es gelang ihm jedoch nicht, die Namen und Anschriften der beiden Erschienenen für eine weitere Zusammenarbeit zu erfahren, weil diese vertraulich von Herrn Dorer notiert wurden und eine sachgemässe Besprechung in den Räumen der Abt. "Ostberatung" verhindert wurde. Bei einem zweiten Erscheinen der beiden Widerstandskämpfer gelang es Herrn Schm., eine gründliche Aussprache mit beiden in seinem Dienstzimmer herbeizuführen. Dabei musste er die Feststellung machen, dass beide Leute bereits mehrere schriftliche Berichte an Herrn Dorer weitergeleitet hatten und auch am Tage der geschilderten Unterredung ausdrücklich zur Berichterstattung über militärische Vorgänge in der Ostzone zu Herrn Dorer bestellt waren. Herr Sch. wurde innerhalb der Unterredung von Herrn Dorer angerufen und gebeten, die beiden Erschienenen unbedingt im Anschluss an die geführte Unterhaltung an ihn weiterzuleiten.

Sämtliche 5 Fälle wurden Herrn Dr. Hoffmann mündlich unterbreitet.

Walter

Schmitt

Martin

Quittung

DM 30,-

in Buchstaben:

DM

dreißig (30,-)

von

KgH

für

Informant.

richtig erhalten zu haben, bescheinigt hiermit

den 24/11 19 50

Kurt Hilgner
Unterschrift

25

Berlin, 21. 9. 50
Wa.

Betrifft : Verdacht auf Verbindung des Herrn Dorer zu einer Stelle in Westdeutschland.

Bemerkung : Ein diesen Punkt betreffendes Schreiben von Herrn Ahrends wurde versehentlich von Herrn Walter vor einiger Zeit vernichtet. Herr Dr. Hoffmann teilte mir nach seinem letztem Westdeutschlandbesuch mit, dass Ahrends Schreiben nicht unbeachtet gelassen worden sind, sondern dass Ermittlungen laufen würden.

In einer Aussprache des ehemaligen Leiters des Flüchtlingsdienstes Herrn Schäfer mit dem sogenannten Jugendaktiv sagte dieser etwa Anfang Februar :

Seid beruhigt, ich besorge Euch einen Nachfolger, der zu Euch passt. Wenn Ihr nicht einverstanden sein solltet, brauche ich (bei meiner vorgesetzten Dienststelle) nur einen Fingerzeig zu geben und der Mann wird abberufen.

Es ist uns bekannt, dass Herr Schäfer zu dieser Zeit in Verbindung zu irgendeiner Gruppe von ehemaligen Offizieren stand. Dorer wurde von ihm als sein ehemaliger I=C=Offizier eingeführt.

Es muss betont werden, dass die bestehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Ahrends und Walter einerseits und Herrn Dorer andererseits von Anfang an sachlicher Natur gewesen sind. Herr Dorer versuchte, alle Dinge unter seine Kontrolle zu bekommen, was den Verdacht auf eine Verbindung D's mit einer anderen Stelle ständig verstärkte.

Es wurde bereits damals festgestellt, dass Herr Dorer bei seinen Berichten von seiner damaligen Schreibkraft (Frl. Danckwertz) 7 Exemplare anfertigen liess, während es bisher üblich war, nur 5 Expl. anzufertigen, die Herrn Dr. Hoffmann übergeben wurden und von denen dann einer in die ZK. zurückkam. Als Herrn Dr. Hoffmann diese Beobachtung mitgeteilt wurde, sagte er, dass er von Herrn Dorer nach wie vor nur 5 Exemplare erhalte. Auf die Frage, ob Schäfer die Erlaubnis besessen habe, verschiedene Berichte an eine andere Stelle weiterzuleiten, bejahte das Dr. H. meines Wissens mit der Einschränkung : nur nach besonderer Absprache.

Es ist weiterhin daran zu erinnern, dass Herr Dorer ~~Abmunda~~ abends verschiedentlich Frl. Reich (Abt. Suchdienst) diktirt hat, obwohl demzufolge zahlreiche Berichte mit dem Diktatzeichen Dorer/Reich vorhanden sein müssten, wurde in der Zentralkartei kein einziges derartiges Schriftstück gefunden. Es besteht daher der Verdacht, dass die Diktatzeichen bewusst gefälscht wurden oder dass diese Berichte nicht für das Haus bestimmt gewesen waren und anderen Stellen zugeleitet wurden.

Es ist laufend beobachtet worden, dass Frl. Nordmann das Haus stets um 4 Uhr nachm. verliess, Fräulein Reich aber dauernd - bis in die letzten Tage hinein - in den Abendstunden mit Herrn Dorer im Zimmer eingeschlossen war.

Walter

Protokolleiner Vernehmung von Frl. Nordmann
durch Herrn Martini am Donnerstag, d. 22.9.50, 10.50 Uhr

Anwesend: Frl. Nordmann
Herr Martini als Vernehmer
Frl. Dr. Fabian als neutrale Zeugin
Frau Kochanowski als Protokollführerin

Martini: Ich habe im Auftrage von Herrn Tillich einige Fragen an Sie zu richten, die mit Herrn Dorer zusammenhängen. Und zwar als Erstes:

Ich möchte von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass Frl. Reich für Herrn Dorer Berichte geschrieben hat.

Nordmann: Nein.

Martini: In wievielfacher Ausfertigung haben Sie die Berichte für Herrn Dorer geschrieben?

Nordmann: Sieben mal.

Martini: Was wissen Sie überhaupt über die Arbeiten von Frl. Reich für Herrn Dorer?

Nordmann: Überhaupt nichts. Ich habe nie etwas davon gehört.

Martini: Dann danke ich Ihnen, weiter habe ich dann nichts zu fragen.

Berlin, 22. 9. 50

F.d. Protokoll:

Kochanowski

Protokolleiner Vernehmung von Frl. Nordmann
durch Herrn Martini am Donnerstag, d. 22.9.50, 10.50 Uhr

Anwesend: Frl. Nordmann
Herr Martini als Vernehmer
Frl. Dr. Fabian als neutrale Zeugin
Frau Kochanowski als Protokollführerin

Martini: Ich habe im Auftrage von Herrn Tillich einige Fragen an Sie zu richten, die mit Herrn Dorer zusammenhängen. Und zwar als Erstes:
Ich möchte von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass Frl. Reich für Herrn Dorer Berichte geschrieben hat.

Nordmann: Nein.

Martini: In wievielfacher Ausfertigung haben Sie die Berichte für Herrn Dorer geschrieben?

Nordmann: Sieben mal.

Martini: Was wissen Sie überhaupt über die Arbeiten von Frl. Reich für Herrn Dorer?

Nordmann: Überhaupt nichts. Ich habe nie etwas davon gehört.

Martini: Dann danke ich Ihnen, weiter habe ich dann nichts zu fragen.

Berlin, 22. 9. 50

F.d. Protokoll:

Kochanowski

Protokolleiner Vernehmung von Frl. Nordmann
durch Herrn Martini am Donnerstag, d. 22.9.50, 10,50 Uhr

Anwesend: Frl. Nordmann
Herr Martini als Vernehmer
Frl.Dr.Fabian als neutrale Zeugin
Frau Kochanowski als Protokollführerin

Martini: Ich habe im Auftrage von Herrn Tillich einige Fragen an Sie zu richten, die mit Herrn Dorer zusammenhängen. Und zwar als Erstes:
Ich möchte von Ihnen wissen, ob Ihnen bekannt ist, dass Frl.Reich für Herrn Dorer Berichte geschrieben hat.

Nordmann: Nein.

Martini: In wievielfacher Ausfertigung haben Sie die Berichte für Herrn Dorer geschrieben?

Nordmann: Sieben mal.

Martini: Was wissen Sie überhaupt über die Arbeiten von Frl.Reich für Herrn Dorer?

Nordmann: Überhaupt nichts. Ich habe nie etwas davon gehört.

Martini: Dann danke ich Ihnen, weiter habe ich dann nichts zu fragen.

Berlin, 22. 9. 50

F.d.Protokoll:

Kochanowski

An den Leiter
der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
Herrn Dr. Rainer H i l d e b r a n d t

Vorkommnisse in der KgU.

Ich bitte Sie, mir und Fräulein Reich den Schutz und die Hilfe zu gewähren, die wir von Ihnen als Leiter der KgU verlangen können. Sollten wir uns strafbar gemacht haben, bestehen keine Bedenken uns zur Rechenschaft zu ziehen. Sind die von Herrn Tillich eingeleiteten Willkürmassnahmen nicht unmenschlich? Wir bitten uns schnellstens Gelegenheit zu geben mündlich zu allen Vorwürfen Stellung nehmen zu können.

Wir gestatten nicht, dass dieser Bericht Herrn Tillich zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

J. J. J.
H. Reich

Am Montag, den 18.9.50, etwa um 15 Uhr, kam Herr Tillich mit Herrn Martini in mein Zimmer und fragte u.a., wie ich zur KgU gekommen sei. Ich antwortete ihm, dass ich von Bert Richter, wohnh. in Ffm., mit Herrn Schäfer richtig Schacht in Verbindung gebracht wurde, der mich Herrn Dr. Hildebrandt zuführte. Herr Tillich wollte dann wissen, seit wann ich Herrn Richter kenne und ob ihm Material der KgU überhändigt hätte. Ich antwortete Herrn Tillich, dass ich Herrn Richter seit längerer Zeit kenne und vor etwa 8 Tagen bei einem Besuch meiner Familie letztmalig und davor vor etwa 2 Monaten ihn gesehen und gesprochen hätte. Irgendwelches Material hätte ich ihm jedoch nicht ausgehändigt.

Ich sagte dann Herrn Tillich, dass ich durch Herrn Richter vor 8 Tagen erfahren habe, dass Herrn Dr. Hoffmann und v.Z.Mühlen, früher KGU Göttingen, monatlich jeweils 500,— DM erhalten.

Herr Tillich fragte mich sodann, ob Frl. Reich wiederholt für mich geschrieben hätte, was ich bejahte. Ich begründete dies damit, dass oft in den Abendstunden nach Dienstschluss Flüchtlinge ankamen, die eine schriftliche Einweisung in irgendein Lager haben mussten. Aus dem sagte ich Herrn Tillich, dass Frl. Reich bis vor etwa 3 oder 4 Wochen wiederholt für mich Karteikarten oder eine Aufstellung geschrieben hat. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine besonders vertrauliche Arbeit, die für eine amerikanische Dienststelle im Einvernehmen mit H.Dr.Hildebrandt wöchentlich zu erstellen war. Ich bestritt energisch, dass Frl.Reich jemals Berichte für mich gefertigt hat. Heute fällt mir allerdings ein, dass sie auch einmal Warmmeldungen an den RIAS und die SPD, die besonders eilig waren, fertigte.

Herrn Tillich wies mich an, Herrn Martini meine Sachen zu übergeben und fragte mich, ob ich bereit sei sofort nach Westdeutschland zu fliegen, was ich ablehnte. Im Beisein von Frl.Dr.Fabian übergab ich Herrn Martini meine Sachen und verabschiedete mich von H.Dr.Hildebrandt, der erstaunt darüber war, dass ich beurlaubt sei. Ausserdem verabschiedete ich mich von den übrigen Mitarbeitern im Hause.

Am 19.9.50, um 9,00 Uhr, erhielt ich von Herrn Tillich nachstehendes Telegramm:

"Dr.Dorer bei Heidenreich, Berlin N 31 Used.6

Flugkarte für heute 12 Uhr sowie Interzonenpass liegen für Sie beim Ticketoffice AOA Flughafen Tempelhof - Abholung dort spätestens 11,15 Uhr - Tillich."

Inzwischen hatte ich erfahren, dass man mir vorwirft durch meine

meine Tätigkeit in der KgU Agent der Amerikaner geworden zu sein. Wäre ich der Weisung von Herrn Tillich nach Westdeutschland zu folgen gefolgt, hätte ich mich/dieses Vorwurfes nicht erwehren können. Um 17,00 Uhr wurde ich zu Herrn Tillich bestellt, wo ein amerikanischer Offizier anwesend war. Ich versicherte, dass ich niemals irgendwelches Material ohne Wissen der Leitung der KgU, d.i. Dr. Hildebrandt oder Tillich oder Dr. Hoffmann, an irgendjemand und insbesondere an Bert Richter gegeben habe.

U.a. wurde mir der Vorwurf gemacht, ich hätte Dr. Hoffmann überwachen lassen. Ich bestritt dies.

Mir wurde dann aufgetragen mich am Donnerstag, den 21.9.50, bei den Amerikanern zu melden, wo ich eine entsprechende eidesstattliche Erklärung in Gegenwart amerikanischer Offiziere abzugeben hätte. Ich tat dies am 21.9.50, um 13,00 Uhr, mit folgender Erklärung:

"Eidesstattliche Erklärung: Ich habe niemals ohne Wissen und ohne Einverständnis eines der leitenden Herrn der KgU (d.s. Dr. Hildebrandt, Tillich oder Dr. Hoffmann) Material an irgendjemand insbesondere nicht an Bert Richter gegeben. Ich weiss, dass ich, wenn meine Erklärung unrichtig ist, mich strafbar mache."

Am 22.9.50, um 9,00 Uhr, war ich zu Herrn Tillich in das Büro für kult.Hilfe bestellt. Um 10 Uhr erschien Herr Tillich und erklärte teilweise in brüllendem Tone folgendes:

1.) Warum ich nicht geflüchtet sei?

Ich antwortete ihm, dass dazu kein Grund vorliege.

2.) Er hielt in seiner Hand einen Stoss Papiere und warf mir vor, hätte militärisches Nachrichtenmaterial gesammelt.

3.) Ich hätte Agentennetze aufgezogen.

4.) Behauptete er die Berichte über die Eisenbahnpolizei, die vor einigen Monaten in der ZK verschwunden seien, hätte ich genommen. Man hätte in meinem Aktenmaterial einen Bericht der Eisenbahnpolizei vorgefunden. Den Verdacht des Diebstahls hätte ich auf das Jugendaktiv gelenkt.

5.) Ich hätte Informationsmaterial gegen 30,- DM erhalten. (Eine entsprechende Quittung hatte Herr Tillich vor sich liegen.)

6) Herr Tillich brüllte in fürchterlicher Weise, liess mich ihm gar nicht die einzelnen Punkte erklären, sondern bezeichnete mich als Schuft und wies mir die Tür.

Zu diesen Punkten ist folgendes zu sagen:

1. Sammlung militärischer Nachrichten:

Wenn bei Flüchtlingsvernehmungen Nachrichten über die Sowj. Armee

diese militärischen Nachrichten selbstverständlich immer notiert worden. Dies machten Dr. Urban und Herr Schäfer, meine beiden Vorgänger, schon und dies habe ich ebenfalls so gehandhabt, weil eine Trennung zwischen der sowj. Staatspolizei (MWD) und dem militärischen Nachrichtendienst (MGB) nur schwer möglich ist. Ausserdem wurde von Dr. Hoffmann die Ansicht vertreten, dass derartige anfangs noch unvollständige Nachrichten über die sowj. Armee und andere Einheiten der Amerikaner - wichtig sind.

Ich habe die Berichte hierüber in dreifacher Ausfertigung sieben Monate lang Herrn Dr. Hoffmann zukommen lassen, ohne dass dieser mir nur einen Ton gesagt hat, dass derartige Nachrichten nicht zu sammeln wären oder nicht gesammelt werden dürften.

Ich habe Herrn Tillich wiederholt wöchentlich derartige Meldungen mit militärischen Nachrichten vorgelegt. Diese hat er sich durchgelesen, davon hat er Kenntnis genommen und keinen Ton dazu gesagt. Nun will Tillich dies zum Anlass nehmen mir dies zum Vorwurf zu machen.

2. Agentennetze:

Ich habe niemals ein Agentennetz aufgezogen oder Netzarbeit geleistet. Wohl habe ich angebliche Flüchtlinge bewogen wieder in die Zone oder den Ostsektor zurückzugehen und uns aus ihren wichtigen Stellungen z.B. in Ministerien Material zu beschaffen. Wenn dies unerwünscht gewesen wäre, hätten Dr. Hoffmann oder Dr. Hildebrandt, die beide unterrichtet waren, mir gegenteilige Anweisungen gegeben. Nur Herr Tillich will mir jetzt dies zur Last legen.

Wenn derartige Agenten nicht die Quellennummern bekommen, wie sie in der Z.K. geführt werden, so ist das darauf zurückzuführen, dass jede Quellennummer der Z.K. von jedem eingesehen werden kann. Diese Leute, die in der Zone für uns arbeiten, bekamen von mir eine besondere Nummer, damit sie nicht der Gefahr der Enttarnung ausgesetzt waren. Diese Nummern kamen Herrn Dr. Hoffmann, Herrn Dr. Hildebrandt und Herrn Tillich monatelang zu Gesicht ohne dass sie beanstandet wurden. Jetzt stösst sich Herr Tillich daran..

3. Eisenbahnpolizei-Berichte:

Von irgendjemand im Hause ist vor Monaten ein Bericht in mehrfache Ausfertigung über die Eisenbahnpolizei gefertigt worden. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde mir gegeben. Ich habe sie zu meinen Akten genommen. Vier Ausfertigungen dieses Berichtes sind in der Zone abhanden gekommen.

Nun wirft mir Herr Tillich vor, ich hätte diese Berichte genommen.

Nachdem dieses Material verschwunden war, sind sofort Ermittlungen eingeleitet worden, allerdings ohne Ergebnis. Ich bin zu Dr. Hildebrandt gegangen und habe ihm gesagt, dass ich meine Kopie noch in Besitz habe. Ich bitte Herrn Dr. Hildebrandt hierzu zu hören. Auf keinen Fall habe ich den Verdacht geäußert, das Jugendaktiv könnte diese Exemplare entwendet haben, wie mir dies Herr Tillich vorwerfen will.

Informationsmaterial: Quittung

Ich nehme an, dass es sich bei dieser nur flüchtig in einer Entfernung von etwa 2 m zu Gesicht bekommenen Quittung um eine Quittung eines C.W. Tilgner handelt. Tilgner ist politischer Flüchtling und monatelang zu KgU gekommen und hat bei mir und Herrn Dr. Beutel Informationsmaterial abgegeben. Im Einvernehmen mit Dr. Beutel haben wir eine finanzielle Unterstützung für Tilgner damals für angebracht, weshalb ihm 30,- DM aus einem Fonds Dr. Wagners ausbezahlt wurden. Als Empfangsbestätigung hat mir Tilgner diese Quittung gegeben.

5.) "Schuft"

Gegen die Bezeichnung Schuft, die Herr Tillich angewandt, erhebe ich Einspruch. Ich behalte mir entsprechende strafrechtliche Massnahmen gegen Herrn Tillich vor.

Am 22.9.50, etwa um 10,30 Uhr, wurde Fräulein Reich von Herrn Martini im Beisein von Herrn Dr. Fa-bian vernommen. Auf die Frage, ob sie jemals Berichte für mich gefertigt hätte, antwortete sie, dass niemals der Fall gewesen sei. Sie hat wohl Karteikarten, die vorgenannte Aufstellung und die eingangs erwähnte Warnmeldung an den Riass und die SPD gefertigt, jedoch niemals irgendwelche Berichte für mich. Kurze Zeit später ist Fräulein Reich von Herrn Tillich wie folgt befragt worden: Zuerst wollte er wissen, ob Fräulein Reich jemals Berichte für mich gefertigt hätte, was sie verneint. Daraufhin warnte er Fräulein Reich und sagte ihr, ich hätte eingestanden, dass sie Berichte für mich gefertigt habe. Trotzdem blieb Fräulein Reich bei ihrer Behauptung niemals irgendwelche Berichte für mich geschrieben zu haben. Hierauf äussert sich Herr Tillich, dass Fräulein Reich und ich uns gut abgesprochen hätten, denn beide würden wir behaupten, es wären von ihr keine Berichte gefertigt worden.

Daraufhin sagte Herr Tillich zu Fräulein Reich sie sei zur Disposition gestellt und möchte sofort das Haus verlassen, was auch ohne Widerspruch geschehen ist.

vollkommen haltlos. Ich habe mich in keiner Weise vergangen oder strafbar gemacht.

Aus diesem Grunde erhebe ich Einspruch gegen meine Beurlaubung. Die Methoden, die Herr Tillich angewandt hat, sprechen für sich.

Ich bitte den Betriebsrat und zwar

a) Herrn Paul,

b) Herrn Dr. Beutal und

c) Frä. Dr. Fabian

hierzu und zu allen Anwürfen zu hören. Ausserdem bitte ich Herrn Dr. Hildebrandt zu hören auf dessen Veranlassung ich erstmalig am 14.3.1950 mit den Amerikanern zusammen gekommen bin. Am 18.4.50 hat Herr Tillich mir Anweisung erteilt sämtliches Material wie bisher die Amerikaner weiterzugeben.

Ich habe Herrn Tillich monatlang, wöchentlich gesammelt, alles Material, das von mir den Amerikanern übergeben wurde, vorgelegt. Hierunter war auch zahlreiches militärisches Nachrichtenmaterial. Ohne jemals Einspruch zu erheben, hat Herr Tillich hiervon immer wieder Kenntnis genommen. Er hat mir sogar Anweisung erteilt, dies militärische Material, wenn es anfällt, weiterzuleiten.

Ich weise nochmals daraufhin, dass Herr Dr. Hoffmann ^(2-monatlang) dieses militärische Nachrichtenmaterial ebenfalls in dreifacher Ausfertigung (Original und zwei Kopien) erhalten hat. Wohin Dr. Hoffmann diese militärische Nachrichtenmaterial gegeben hat, ist mir allerdings nicht bekannt.

Ich bin nicht gewillt diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich bitte mir im Beisein des Betriebsrates und der Lizenzträger Gelegenheit zu geben zu sämtlichen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Sollte meinem Wunsche nicht stattgegeben werden, werde ich mir bei den zuständigen Stellen Recht zu verschaffen wissen.

- 1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter der K.G.U..
- 2.) 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizenzträger der KgU.
- 3.) 2. Kopie an den Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Paul i.d. KgU.

Josef Jörner

23. SEI. 11 -
22.9.1950

An den Betriebsrat der
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
zu Händen von Herrn Paul!

Beigefügt überreiche ich die zweite Kopie meines Berichtes über die Vorkommnisse in der KgU.

Ich bitte den Betriebsrat, mir und Fräulein Reich den Schutz und die Hilfe zu gewähren, die wir als Angehörige der KgU verlangen können. Sollten wir uns strafbar gemacht haben, bestehen keine Bedenken uns zur Rechenschaft zu ziehen.

Ich bin nicht gewillt mich lange hinhalten zu lassen, sondern appelliere an das Gerechtigkeitsgefühl der Angehörigen der Kampfgruppe. Sind die Massnahmen, die gegen uns eingeleitet wurden nicht unmenschlich?

Wir bitten uns schnellstens Gelegenheit zu geben mündlich zu allen Vorwürfen, die Herr Tillich erhebt, Stellung nehmen zu können. Insbesondere bitten wir hierzu schnellstens alle Massnahmen zu ergreifen, damit die KgU keinen Schaden erleidet.

Wir gestatten nicht, dass dieser Bericht Herrn Tillich zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Josef Jöcher
H. Rief

Am Montag, den 18.9.50, etwa um 15 Uhr, kam Herr Tillich mit Herrn Martini in mein Zimmer und fragte u.a., wie ich zur KGU gekommen sei. Ich antwortete ihm, dass ich von Bert R i c h t e r, wohnh. in Elm., mit Herrn Schäfer richtig Schacht in Verbindung gebracht wurde, der sich Herrn Dr. Hildebrandt angeschlossen habe. Herr Tillich wollte dann wissen, wann ich Herrn Richter kenne und ob ihm Material der KGU übergeben hätte. Ich antwortete Herrn Tillich, dass ich Herrn Richter seit längerer Zeit kenne und vor etwa 8 Tagen bei einem Besuch meiner Familie letztmalig und davor vor etwa 2 Monaten ihn gesehen und gesprochen hätte. Irgend welches Material hätte ich ihm jedoch nicht ausgehändigt.

Ich sagte dann Herrn Tillich, dass ich durch Herrn Richter vor 8 Tagen erfahren habe, dass Herrn Dr. Hoffmann und v.Z.Mühlen, früher KGU Göttingen, monatlich jeweils 500,— DM erhalten.

Herr Tillich fragte mich sodann, ob Frl. Reich wiederholt für mich geschrieben hätte, was ich bejahte. Ich begründete dies damit, dass oft in den Abendstunden nach Dienstschluss Flüchtlinge ankamen, die eine schriftliche Einweisung in irgendein Lager haben mussten. Aus dem sagte ich Herrn Tillich, dass Frl. Reich bis vor etwa 3 oder 4 Wochen wiederholt für mich Karteikarten oder eine Aufstellung geschrieben hat. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine besonders vertrauliche Arbeit, die für eine amerikanische Dienststelle im Einvernehmen mit H.Dr.Hildebrandt wöchentlich zu erstellen war. Ich bestritt energisch, dass Frl.Reich jemals Berichte für mich gefertigt hat. Heute fällt mir allerdings ein, dass sie auch einmal Warnmeldungen an den RIAS und die SPD, die besonders eilig waren, fertigte.

Herrn Tillich wies mich an, Herrn Martini meine Sachen zu übergeben und fragte mich, ob ich bereit sei sofort nach Westdeutschland zu fliegen, was ich ablehnte. Im Beisein von Frl.Dr.Fabian übergab ich dem Herrn Martini meine Sachen und verabschiedete mich von H.Dr.Hildebrandt, der erstaunt darüber war, dass ich beurlaubt sei. Außerdem verabschiedete ich mich von den übrigen Mitarbeitern im Hause.

Am 19.9.50, um 9,00 Uhr, erhielt ich von Herrn Tillich nachstehendes Telegramm:

"Dr.Dorer bei Heidenreich, Berlin N 31 Used.6

Flugkarte für heute 12 Uhr sowie Interzonenpass liegen für Sie beim Ticketoffice AOA Flughafen Tempelhof -
Abholung dort spätestens 11,15 Uhr - Tillich."

Inzwischen hatte ich erfahren, dass man mir vorwirft durch meine

meine Tätigkeit in der KGU Agent der Amerikaner geworden zu sein. Wäre ich der Weisung von Herrn Tillich nach Westdeutschland zu fliegen gefolgt, hätte ich mich/diesem Vorwurfes nicht erwehren können. Um 17,00 Uhr wurde ich zu Herrn Tillich bestellt, wo ein amerikanischer Offizier anwesend war. Ich versicherte, dass ich niemals irgendwelches Material ohne Wissen der Leitung der KGU, d.h. Dr. Hildebrandt gegeben habe.

Bert Richter gegeben habe.

U.a. wurde mir der Vorwurf gemacht, ich hätte Dr. Hoffmann überlassen. Ich bestritt dies.

Mir wurde dann aufgetragen mich am Donnerstag, den 21.9.50, bei den Amerikanern zu melden, wo ich eine entsprechende eidesstattliche Erklärung in Gegenwart amerikanischer Offiziere abzugeben hätte. Ich tat dies am 21.9.50, um 13,00 Uhr, mit folgender Erklärung:

"Eidesstattliche Erklärung: Ich habe niemals ohne Wissen und ohne Einverständnis eines der leitenden Herrn der KGU (d.h. Dr. Hildebrandt, Tillich oder Dr. Hoffmann) Material an irgendjemand insbesondere nicht an Bert Richter gegeben. Ich weiss, dass ich, wenn meine Erklärung unrichtig ist, mich strafbar mache."

Am 22.9.50, um 9,00 Uhr, war ich zu Herrn Tillich in das Büro für kult.Hilfe bestellt. Um 10 Uhr erschien Herr Tillich und erklärte teilweise in brüllendem Tone folgendes:

1.) Warum ich nicht geflüchtet sei?

Ich antwortete ihm, dass dazu kein Grund vorliege.

2.) Er hielt in seiner Hand einen Stoss Papiere und warf mir vor, hätte militärisches Nachrichtenmaterial gesammelt.

3.) Ich hätte Agentennetze aufgezoogen.

4.) Behauptete er die Berichte über die Eisenbahnpolizei, die vor einigen Monaten in der ZK verschwunden seien, hätte ich genommen. Man hätte in meinem Aktenmaterial einen Bericht der Eisenbahnpolizei vorgefunden. Den Verdacht des Diebstahls hätte ich auf das Jugendaktiv gelenkt.

5.) Ich hätte Informationsmaterial gegen 50,- DM erhalten. (Eine entsprechende Quittung hatte Herr Tillich vor sich liegen.)

6.) Herr Tillich brüllte in furchterlicher Weise, liess mich ihm nicht die einzelnen Punkte erklären, sondern bezeichnete mich als Schuft und wies mir die Tür.

Zu diesen Punkten ist folgendes zu sagen:

1. Sammlung militärischer Nachrichten:

Wenn bei Flüchtlingsvernehmungen Nachrichten über die Sowj. Armee

diese militärischen Nachrichten selbstverständlich immer notiert worden. Dies machten Dr. Urban und Herr Schäfer, meine beiden Vorgänger, schon und dies habe ich ebenfalls so gehandhabt, weil eine Trennung zwischen der sowj. Staatspolizei (MWD) und dem militärischen Nachrichtendienst (MGB) nur schwer möglich ist. Ausserdem wurde von Dr. Hoffmann die Ansicht vertreten, dass derartige anfallende Nachrichten für die Amerikaner - wichtig sind.

Ich habe die Berichte hierüber in dreifacher Ausfertigung sieben Monate lang Herrn Dr. Hoffmann zukommen lassen, ohne dass dies er mir nur einen Ton gesagt hat, dass derartige Nachrichten nicht zu sammeln wären oder nicht gesammelt werden dürften.

Ich habe Herrn Tillich wiederholt wöchentlich derartige Meldungen mit militärischen Nachrichten vorgelegt. Diese hat er sich durchgelesen, davon hat er Kenntnis genommen und keinen Ton dazu gesagt. Nun will Tillich dies zum Anlass nehmen mir dies zum Vorwurf zu machen.

2. Agentennetze:

Ich habe niemals ein Agentennetz aufgezogen oder Netzarbeit geleistet. Wohl habe ich angebliche Flüchtlinge bewegen wieder in die Zone oder den Ostsektor zurückzugehen und uns aus ihren wichtigen Stellungen z.B. in Ministerien Material zu beschaffen. Wenn dies unerwünscht gewesen wäre, hätten Dr. Hoffmann oder Dr. Hildebrandt, die beide unterrichtet waren, mir gegenteilige Anweisungen gegeben. Nur Herr Tillich will mir jetzt dies zur Last legen.

Wenn derartige Agenten nicht die Quellennummern bekommen, wie sie in der Z.K. geführt werden, so ist das darauf zurückzuführen, dass jede Quellennummer der Z.K. von jedem eingesehen werden kann. Diese Leute, die in der Zone für uns arbeiten, bekamen von mir eine besondere Nummer, damit sie nicht der Gefahr der Enttarnung ausgesetzt waren. Diese Nummern kamen Herrn Dr. Hoffmann, Herrn Dr. Hildebrandt und Herrn Tillich monatelang zu Gesicht ohne dass sie beanstandet wurden. Jetzt stösst sich Herr Tillich daran..

3. Eisenbahnpolizei-Berichte:

Von irgendjemand im Hause ist vor Monaten ein Bericht in mehrfacher Ausfertigung über die Eisenbahnpolizei gefertigt worden. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde mir gegeben. Ich habe sie zu meinen Akten genommen. Vier Ausfertigungen dieses Berichtes sind in der Z. abhanden gekommen.

Nun wirft mir Herr Tillich vor, ich hätte diese Berichte genommen.

Nachdem dieses Material verschwunden war, sind sofort Ermittlungen eingeleitet worden, allerdings ohne Ergebnis. Ich bin zu Dr. Hildebrandt gegangen und habe ihm gesagt, dass ich meine Kopie noch im Besitz habe. Ich bitte Herrn Dr. Hildebrandt hierzu zu hören. Auf keinen Fall habe ich den Verdacht geäußert, das Jugendaktiv KGU diese Exemplare entwendet haben, wie mir dies Herr Tillich vorwerfen will.

Ich nehme an, dass es sich bei dieser nur flüchtig in einer Entfernung von etwa 2 m zu Gesicht bekommenen Quittung um eine Quittung eines G.W. T i l g n e r handelt. Tilgner ist politischer Flüchtling und monatelang zu KGU gekommen und hat bei mir und Herrn Dr. Beutel Informationsmaterial abgegeben. Im Einvernehmen mit Dr. Beutel erhielten wir eine finanzielle Unterstützung für Tilgner damals für angebracht, weshalb ihm 30,- DM aus einem Fonds Dr. Wagners ausbezahlt wurden. Als Empfangsbestätigung hat mir Tilgner diese Quittung gegeben.

5.1 "Schuft"

Gegen die Bezeichnung Schuft, die Herr Tillich anwandte, erhebe ich Einspruch. Ich behalte mir entsprechende strafrechtliche Massnahmen gegen Herrn Tillich vor.

Am 22.9.50, etwa um 10,30 Uhr, wurde Frl. Reich von Herrn Martini im Beisein von Frl. Dr. Fabian vernommen. Auf die Frage, ob sie jemals Berichte für mich gefertigt hätte, antwortete sie, dass niemals der Fall gewesen sei. Sie hat wohl Karteikarten, die vorgenannte Aufstellung und die eingangs erwähnte Warnmeldung an den RIAS und die SPD gefertigt, jedoch niemals irgendwelche Berichte für mich. Kurze Zeit später ist Frl. Reich von Herrn Tillich wie folgt befragt worden: Zuerst wollte er wissen, ob Frl. Reich jemals Berichte für mich gefertigt hätte, was sie verneinte. Daraufhin warnte er Frl. Reich und sagte ihr, ich hätte eingestanden, dass sie Berichte für mich gefertigt habe. Trotzdem blieb Frl. Reich bei ihrer Behauptung niemals irgendwelche Berichte für mich geschrieben zu haben. Hierauf äusserte ich Herr Tillich, dass Frl. Reich und ich uns gut abgesprochen hätten, denn beide würden wir behaupten, es wären von ihr keine Berichte gefertigt worden.

Daraufhin sagte Herr Tillich zu Frl. Reich sie sei zur Disposition gestellt und möchte sofort das Haus verlassen, was auch ohne Widerspruch geschehen ist.

vollkommen haltlos. Ich habe mich in keiner Weise vergangen oder strafbar gemacht.

Aus diesem Grunde erhebe ich Einspruch gegen meine Beurlaubung. Die Methoden, die Herr Tillich angewandt hat, sprechen für sich.

Ich bitte den Betriebsrat und zwar

a) Herrn Dr. Hildebrandt

b) Herrn Dr. Birkenfeld

c) Fri. Dr. Fabian

hierzu und zu allen Anwürfen zu hören. Ausserdem bitte ich Herrn Dr. Hildebrandt zu hören auf dessen Veranlassung ich erstmalig am 14.3.1950 mit den Amerikanern zusammen gekommen bin. Am 18.4.50 hat Herr Tillich mir Anweisung erteilt sämtliches Material wie bisher die Amerikaner weiterzugeben.

Ich habe Herrn Tillich monatlang, wöchentlich gesammelt, alles Material, das von mir den Amerikanern übergeben wurde, vorgelegt. Hierunter war auch zahlreiches militärisches Nachrichtenmaterial. Ohne jemals Einspruch zu erheben, hat Herr Tillich hiervon immer wieder Kenntnis genommen. Er hat mir sogar Anweisung erteilt, dies militärische Material, wenn es anfällt, weiterzuleiten.

Ich weise nochmals daraufhin, dass Herr Dr. Hoffmann dieses militärische Nachrichtenmaterial ebenfalls in dreifacher Ausfertigung (Original und zwei Kopien) erhalten hat. Wohin Dr. Hoffmann dieses militärische Nachrichtenmaterial gegeben hat, ist mir allerdings nicht bekannt.

Ich bin nicht gewillt diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich bitte mir im Beisein des Betriebsrates und der Lizenzträger Gelegenheit zu geben zu sämtlichen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Sollte meinem Wunsche nicht stattgegeben werden, werde ich mir bei den zuständigen Stellen Recht zu verschaffen wissen.

- 1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter der K.G.U..
- 2.) 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizenzträger der KgU.
- 3.) 2. Kopie an den Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Paul i.d. KgU.

Josef Gorer

Am Montag, den 18.9.50, etwa um 15 Uhr, kam Tillich mit Herrn Martini in mein Zimmer und fragte u.a. wie ich zur KGU gekommen sei. Ich antwortete ihm, dass ich von Bert R i c h t e r, wohnh. in Efm. mit Herrn Schäfer richtig schacht in Verbindung gebracht wurde, der mich Herrn Dr. H i l d e b r a n d t zuführte. Tillich wollte dann wissen, seit wann ich Herrn Richter kenne und ob ich ihm Material der KGU übergeben hätte. Ich antwortete Tillich, dass ich Herrn Richter seit längerer Zeit kenne und vor etwa 8 Tagen mit einem Besuch meiner Familie letztmalig und davor vor etwa 2 Monaten gesehen und gesprochen hatte. Irge-
welches Material hätte ich ihm jedoch nicht ausgehändigt.

Ich sagte dann Tillich, dass ich durch Herrn Richter vor 8 Tagen erfahren habe, dass Herr Dr. H o f f m a n n und v.Z.M ü h l e n, früher KGU Göttingen, monatlich jeweils DM 500,- erhalten.

Tillich fragte mich sodann, ob Frl. Reich wiederholt für mich geschrieben hätte, was ich bejahte. Ich begründete dies damit, dass oft in den Abendstunden nach Dienstschluss Flüchtlinge ankamen, die eine schriftliche Einweisung in irgendeine Lager haben mussten. Außerdem sagte ich Tillich, dass Frl. Reich bis vor etwa 3 oder 4 Wochen wiederholt für mich Karteikarten oder eine Aufstellung geschrieben hat. Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine besonders vertrauliche Arbeit, die für eine amerikanische Dienststelle im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt wöchentlich zu erstellen war. Ich besaß energisch, dass Frl. Reich jemals Berichte für mich gefertigt hat. Heute fällt mir allerdings ein, dass sie auch einmal Warnmeldungen an den RIAS und die SPD, die besonders eilig waren, fertigte.

Tillich wies mich an, Herrn Martini meine Sachen zu übergeben und fragte mich, ob ich bereit sei sofort nach Westdeutschland zu fliegen, was ich ablehnte. Im Beisein von Frl. Dr. Fabian übergab ich dann Herrn Martini meine Sachen und verabschiedete mich von Herrn Dr. Hildebrandt, der erstaunt darüber war, dass ich beurlaubt sei. Außerdem verabschiedete ich mich von den übrigen Mitarbeitern im Hause.

Am 19.9.50, um 9,00 Uhr, erhielt ich von Tillich nachstehendes Telegramm: "Dr. Dorer bei Heidenreich, Berlin N 31, Used. 6.

Flugkarte für heute 12 Uhr sowie Interzonenpass liegen für Sie beim Ticketoffice AOA Flughafen Tempelhof-Abholung dort spätestens 11,15 Uhr - Tillich"

Inzwischen hatte ich erfahren, dass man mir vorwirft durch meine Tätigkeit in der KGU Agent der Amerikaner geworden zu sein. Wäre ich der Weisung von Tillich nach Westdeutschland zu fliegen gefolgt, hätte ich mich dieses Vorwurfes nicht erwehren können. Um 17 Uhr wurde ich zu Tillich bestellt, wo ein amerikanischer Offizier anwesend war. Ich versicherte, dass ich niemals irgendwelches Material ohne Wissen

der Leitung der KGU, d.h. Dr. Hildebrandt, Tillich oder Dr. Hoffmann, an irgendjemand insbesondere an Bert Richter gegeben habe.

U.a. wurde mir der Vorwurf gemacht, ich hätte Dr. Hofmann überwachen lassen. Ich bestritt dies. Mir wurde dann von Tillich aufgetragen mich am 21.9.50 bei den Amerikanern zu melden, wo ich eine entsprechende eidesstattliche Erklärung in Gegenwart amerikanischer Offiziere abzugeben hätte. Ich tat dies am 21.9.50, um 13 Uhr mit folgender Erklärung:

"Eidesstattliche Erklärung: Ich habe niemals ohne Wissen und ohne Einverständnis eines der leitenden Herren der KGU (d.h. Dr. Hildebrandt, Tillich, Dr. Hoffmann) Material an irgendjemand insbesondere nicht an Bert Richter gegeben. Ich weiss, dass ich wenn meine Erklärung unrichtig ist, mich strafbar mache."

Am 22.9.50, um 9 Uhr, war ich zu Tillich in das Büro für kulturelle Hilfe bestellt. Um 10 Uhr erschien Tillich und erklärte teilweise in brüllendem Tone folgendes:

- 1.) Warum ich nicht geflüchtet sei? Ich antwortete ihm, dass dazu kein Grund vorliege.
- 2.) Er hielt in seiner Hand einen Stoss Papiere und warf mir vor, ich hätte militärisches Nachrichtenmaterial gesammelt.
- 3.) Ich hätte Agentennetze aufgezoogen.
- 4.) Behauptete er die Berichte über die Eisenbahnpolizei, die vor einigen Monaten in der ZK verschwunden seien, hätte ich genommen. Man hätte in meinem Aktenmaterial einen Bericht der Eisenbahnpolizei vorgefunden. Den Verdacht des Diebstahls hätte ich auf das Jugendaktiv gelenkt.
- 5.) Ich hätte Informationsmaterial gegen 30,- DM erhalten (Eine entsprechende Quittung hatte Tillich vor sich liegen)
- 6.) Tillich brüllte in fürchterlicher Weise, liess sich ihm gar nicht die einzelnen Punkte erklären, sondern bezeichnete mich als Schuft und wies mir die Tür.

Zu diesen Punkten ist folgendes zu sagen:

1. Sammlung militärischer Nachrichten:

Wenn bei Flüchtlin svernemmungen Nachrichten über die sowj. Armee oder den militär. sowj. Nachrichtendienst (MGB) anfielen, sind dies militärischen Nachrichten selbstverständlich immer notiert worden. Dies machten Dr. Urban und Schäfer, meine beiden Vorgänger, schon und dies habe ich ebenfalls so gehandhabt, weil z.B. eine Trennung zwischen der sowj. Staatspolizei (MWD) und dem milit. Nachrichtendienst (MGB) nur schwer möglich ist. Ausserdem wurde von Dr. Hoffmann die Ansicht vertreten, dass derartige anfallende Nachrichten über die sowj. Armee unseren Freunden - gemeint sind die Amerikaner - wichtig sind.

Ich habe die Bericht hierüber in dreifacher Ausfertigung sieben Monat lang Herrn Dr. Hoffmann zukommen lassen, ohne dass dieser mir nur eine Ton gesagt hat, dass derartige Nachrichten nicht zu sammeln wären oder nicht gesammelt werden dürften. Ich habe Tillich wí derholt wöchentlich derartige Meldungen mit militärischen Nachrichten vorgelegt. Diese hat er nicht durchgelesen, davon hat er Kenntnis genommen und keinen Ton dazu gesagt. Nun will Tillich dies zum Anlass nehmen, mir dies zum Vorwurf zu machen.

2. Agentennetze:

Ich habe niemals ein Agentennetz aufgezoogen oder Netzarbeit ge-

Wenn dies unerwünscht gewesen wäre, hätten Dr. Hildebrandt und Dr. Hoffmann, die beide unterrichtet waren, mir gegenteilige Anweisungen gegeben. Nur Tillich will mir jetzt dies zur Last legen.

Wenn derartige Agenten nicht die Quellennummern bekamen, wie sie in der Z.K geführt wurden, so ist das darauf zurckzuführen, dass jede Quellennummer in der ZK von jedem eingesehen werden kann. Diese Leute, die in der Zone für uns nachrichtendienstlich arbeiten, bekamen von mir eine besondere Nummer, damit sie nicht der Gefahr der Enttarnung ausgesetzt waren. Diese Nummern kamen Herrn Dr. Hoffmann, Herrn Dr. Hildebrandt und Herrn Tillich monatelang zu Gesicht. Tillich hat sich aber nicht daran gehalten, sondern hat sie weitergegeben. Tillich stützt sich auf das, was er von mir gehört hat, um mich zu belasten.

3. Eisenbahnpolizei-Bericht:

Von irgendjemand im Hause ist vor Monaten ein Bericht in mehrfacher Ausfertigung über die Eisenbahnpolizei gefertigt worden. Eine Abschrift dieses Berichtes wurde mir gegeben. Ich habe sie zu meinen Akten genommen. Vier Ausfertigungen dieses Berichtes sind in der Z.K abhanden gekommen.

Nun wirft mir Tillich vor, ich hätte diese Berichte genommen. Nachdem dieses Material verschwunden war, sind sofort Ermittlungen eingeleitet worden, allerdings ohne Ergebnis. Ich bin zu Dr. Hildebrandt gegangen und habe ihm gesagt, dass ich meine Kopie noch im Besitz habe. Ich bitte Herrn Dr. Hildebrandt hierzu zu hören. Auf keinen Fall habe ich den Verdacht geäußert, das Jugendaktiv könnte diese Exemplare entwendet haben, wie mir dies Herr Tillich vorwerfen will.

4. Informationsmaterial gegen Quittung:

Ich nehme an, dass es sich bei dieser nur flüchtig in einer Entfernung von etwa 2 m zu Gesicht bekommenen Quittung um eine Quittung eines C.W. Tilgner handelt. Tilgner ist politischer Flüchtling und monatelang zur K.U gekommen und hat bei mir und Herrn Dr. Beutel Informationsmaterial abgegeben. Im Einvernehmen mit Dr. Beutel hielten wir eine finanzielle Unterstützung für Tilgner angebracht, weshalb 30,- DM aus einem Fonds Dr. Wagners ausgezahlt wurden. Als Empfangsbestätigung hat mir Tilgner diese Quittung gegeben.

5.) Schuft

Gegen die Bezeichnung Schuft, die Tillich anwandte, erhebe ich Einspruch. Ich behalte mir entsprechende strafrechtliche Massnahmen gegen Tillich vor.

Am 22.9.50 etwa um 16,30 Uhr, wurde Frl. Reich von H. Martini im Beisein von Frl. Dr. Fabian vernommen. Auf die Frage, ob sie jemals Berichte für mich gefertigt hätte, antwortete sie, dass dies niemals der Fall gewesen sei. Sie hat wohl Karteikarten, die vorgensagte Aufstellung und die eingangs erwähnten Warnmeldungen an den RIAS und die SPD gefertigt, jedoch niemals irgendwelche Berichte für mich. Kurze Zeit später ist Frl. Reich von Tillich wie folgt befragt worden: Zuerst wollte er wissen, ob Frl. Reich jemals Berichte für mich gefertigt hätte, was sie verneinte. Daraufhin warnte er Frl. Reich und sagte ihr, ich hätte eingestanden, dass sie Berichte für mich gefertigt habe. Trotzdem blieb Frl. Reich bei ihrer Behauptung niemals irgendwelche Berichte für mich geschrieben zu haben. Hierauf äusserte sich Herr Tillich, dass Frl. Reich und ich uns gut abgesprochen hätten, denn beide würden wir behaupten, es wären von ihr keine Berichte gefertigt worden. Daraufhin sagte Tillich zu Frl. Reich sie sei zur Disposition gestellt und möchte sofort das Haus verlassen, was auch ohne Wider-

Widerspruch geschehen ist.

Die Vorwürfe, die Tillich gegen mich richtet, sind vollkommen haltlos. Ich habe mich in keiner Weise vergangen oder strafbar gemacht.

Aus diesem Grunde erhebe ich Einspruch gegen meine Beurlaubung. Die Methoden, die Tillich angewandt hat, sprechen für sich.

Ich bitte den Betriebsrat und zwar a) Herrn Paul, b) Herrn Dr. Beutel und c) Frl. Dr. Fabian hierzu und zu allen Anwürfen zu hören. Ausserdem bei ich Herrn Dr. Hildebrandt zu hören auf dessen Veranlassung ich erstmalig am 14.3.50 mit den Amerikanern zusammen gekommen bin. Am 18.4.50 hat Tillich mir Anweisung erteilt sämtliches Material wie bisher an die Amerikaner weiterzugeben.

Ich habe Tillich monatelang, wöchentlich gesammelt, alles Material, das von mir den Amerikanern übergeben wurde, vorgelegt. Hierunter war auch zahlreiches militärisches Nachrichtenmaterial. Ohne jemals Einspruch zu erheben, hat Tillich hiervon immer wieder Kenntnis genommen. Er hat mir sogar Anweisung erteilt, dieses militärische Material, wenn es anfällt weiterzuleiten.

Ich weise nochmals daraufhin, dass Herr Dr. Hoffmann 7 Monate lang dieses militärische Nachrichtenmaterial ebenfalls in dreifacher Ausfertigung (Original und 2 Kopien) erhalten hat. Wohin Dr. Hoffmann dieses militärische Nachrichtenmaterial gegeben hat, ist mir allerdings nicht bekannt.

Ich bin nicht gewillt diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen. Ich bitte mir im Beisein des Betriebsrates und der Lizenzträger Gelegenheit zu geben zu sämtlichen Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Sollte meinem Wunsche nicht stattgegeben werden, werde ich mir bei den zuständigen Stellen Recht zu verschaffen wissen.

1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter d. KgU

2.) 1 Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizenzträger d. KgU

3.) 2. Kopie an den Betriebsratsvorsitzenden, Herrn Paul i. d. KgU

J. J. J.

Als Nachtrag zu meinem Bericht vom 22.9.1950 möchte ich noch folgendes bemerken:

Tilliach hat mich am 18. und 19.9.50 befragt, ob ich dem "Mitteldeutsche Verband" angehöre. Hierzu erkläre ich, dass ich diesen Namen noch niemals gehört hatte, niemand aus diesem Verband kenne und auch ihm selbst niemals angehört habe oder nur die Aufgaben und Ziele dieses Verbandes kenne.

Tillich weiss ganz genau, dass alle seine Anschuldigungen völlig aus der Luft gegriffen sind. Ich habe niemals aus meiner dienstlichen Zusammenarbeit mit den Amerikanern einen materiellen Vorteil gehabt. Niemals habe ich für meine Tätigkeit Geld oder eine andere Unterstützung von den Amerikanern erhalten. Wenn er mir aber vorwerfen will, dass ich alle 2 oder 3 Wochen nach Ffm. übers Wochenende geflogen bin, so verhält sich dies wie folgt:

Vor einigen Monaten habe ich Herrn Dr. Hildebrandt zur Kenntnis gebracht, dass es für mich als Verheirateter nicht leicht ist nach den langen Kriegsjahren und der langen Gefangenschaft nicht mehr mit meiner Frau und meinem 9jährigen Kinde zusammen zu sein. Es wurde zwischen Dr. Hildebrandt und Tillich vereinbart, dass ich alle 2 oder 3 Wochen übers Wochenende nach Ffm. fliegen dürfe. Diese Flugmöglichkeiten haben mir die Amerikaner auf Wunsch von Dr. Hildebrandt gegeben.

Dass meine Stellung in der KgU als Hauptsachbearbeiter für den Flüchtlingsdienst erkannt wurde und ausgenutzt werden sollte, ergibt sich daraus, dass man versuchte mich mit grösseren Geldbeträgen zu bewegen Nachrichtenmaterial abzugeben. Ich habe sofort nachdem mir derartige Angebote gemacht wurden jeweils Herrn Dr. Hildebrandt und Tillich hierüber unterrichtet. Dass diese Angebote mir in einem Falle das dreifache meines Monatsgehaltes in Aussicht stellten, liess mich unberührt.

Ich bin der Überzeugung, dass Tillich wider besseres Wissen gehandelt hat. Er hat mir im vergangenen Monat zum Ausdruck gebracht, dass er meine Zusammenarbeit mit den Amerikanern wenn er gern sehe und vor allem wünsche, dass ich mit der SPD gut zusammenarbeite. Ich traf mich daraufhin wiederholt mit einem Angehörigen des Ostbüros der SPD, gab ihm Warnmeldungen und besprach mit ihm gemeinsam interessierende dienstl. Angelegenheiten.

Ich sehe in der von Tillich ausgesprochenen Drohung mich von der amerikanischen Militärpolizei festnehmen zu lassen einen echten Akt der Unmenschlichkeit. Hier hat er so richtig gezeigt, dass er nachdem er

Einleitung von Zwangsmassnahmen zurückschreckt, wenn es gilt sein Ziel zu erreichen.

Wiederholt hat Tillich zum Ausdruck gebracht, dass er in der KgU nicht mit demokratischen Massnahmen weiterkomme. Ich bin der Überzeugung, dass die von Tillich angewandten Massnahmen und zwar:

- a) Beurlaubung von zwei Hauptsachbearbeitern der KgU ohne Nennung der Gründe,
- b) Zwang zum Verlassen des Hauses der KgU ohne Unterrichtung über die Gründe,
- c) bewusstes in Unkenntnislagen der Mitarbeiter der KgU über die Gründe, die zur Beurlaubung der beiden Hauptsachbearbeiter führten und
- d) dadurch das Hervorrufen des Eindruckes, als ob die beiden Hauptsachbearbeiter etwas Unehrenhaftes getan hätten, höchst unanständig und durch nichts gerechtfertigt sind. Wenn Tillich Demokrat sein will, darf er nicht je nach Belieben willkürlich und diktatorisch handeln.

Tillich wusste aber genau, dass er in der KgU schon längst erkannt ist. Hätte er dem Betriebsrat die Angelegenheit vorgetragen, um mit ihm zu einer Entscheidung zu kommen, dann hätte Tillich niemals seine Willkürmassnahmen durchsetzen können, sondern man hätte ihm energisch Einhalt geboten.

- 1. Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter d. KgU
- 2. 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizenzträger d. KgU
- 3. 2. Kopie an den Betriebsrats-Vorsitzenden d. KgU Herrn Paul.

Für die Richtigkeit
der Abschrift:

Berlin, den

1. Dez. 1950

Rabe, Herr Rupp
als Urkundsbekannter des Geschäftslebens

4418 693/50

Als Nachtrag zu meinem Bericht vom 22.9.50 möchte ich noch folgendes bemerken:

Herr Tillich hat mich am 18. und 19.9.50 befragt, ob ich dem "Mitteldeutschen Verband" angehöre. Hierzu erkläre ich, dass ich von Anfang an noch niemals gehört hatte, niemand aus diesem Verband kenne und auch ihn selbst niemals angehört habe oder nur die Aufgaben und Ziele dieses Verbandes kenne.

Herr Tillich weiss ganz genau, dass alle seine Anschuldigungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Ich habe niemals aus meiner dienstlichen Zusammenarbeit mit den Amerikanern einen materiellen Vorteil gehabt. Niemals habe ich für meine Tätigkeit Geld oder eine andere Unterstützung von den Amerikanern erhalten. Wenn er mir aber vorwerfen will, dass ich alle 2 oder 3 Wochen nach Ffm. übers Wochenende geflogen sei so verhält sich dies wie folgt:

Vor einigen Monaten habe ich Herrn Dr. Hildebrandt zur Kenntnis gebracht, dass es für mich als Verheirateter nicht leicht ist nach den langen Kriegsjahren und der langen Gefangenschaft nicht mehr mit meiner Frau und meinem 9-jährigen Kinde zusammen zu sein. Es wurde zwischen Dr. Hildebrandt und Tillich vereinbart, dass ich alle 2 oder 3 Wochen übers Wochenende nach Ffm. fliegen dürfe. Diese Flugmöglichkeiten haben mir die Amerikaner auf Wunsch von Herrn Dr. Hildebrandt gegeben.

Dass meine Stellung in der KGU als Hauptsachbearbeiter für den Flüchtlingsdienst erkannt wurde und ausgenutzt werden sollte, ergibt sich daraus, dass man versuchte mich mit grösseren Geldbeträgen zu bewegen, Nachrichtenmaterial abzugeben. Ich habe sofort nachdem mir derartige Angebote gemacht wurden jeweils Herrn Dr. Hildebrandt und Herrn Tillich hierüber unterrichtet. Dass diese Angebote mir ~~mir~~ in einem Falle das dreifache meines Monatsgehaltes in Aussicht stellten, liess mich unberührt.

Ich bin der Überzeugung, dass Herr Tillich wider besseres Wissen gehandelt hat. Er hat mir im vergangenen Monat zum Ausdruck gebracht, dass er ~~mir~~ meine Zusammenarbeit mit den Amerikanern weniger gern sehe und vor allem wünsche, dass ich mit der SPD gut zusammenarbeite. Ich traf mich daraufhin wiederholt mit einem Angehörigen des Ostbüros der SPD, gab ihm Warnmeldungen und besprach mit ihm gemeinsam interessierende dienstl. Angelegenheiten.

Ich sehe in der von Herrn Tillich a-usgesprochenen Drohung mich v der amerikanischen Militärpolizei festnehmen zu lassen einen echt Akt der Unmenschlichkeit. Hier hat er so richtig gezeigt, dass er nachdem er schon ehrverletzende Massnahmen a-ngewandt hat, auch n vor der Einleitung von Zwangsmassnahmen zurückschreckt, wenn es gilt sein Ziel zu erreichen.

Wiederholt hat Herr Tillich zum Ausdruck gebracht, dass er in der KgU nicht mit demokratischen Massnahmen weiterkomme. Ich bin der Überzeugung, dass diese von Herrn Tillich a-ngewandten Massnahmen und zwar:

- a) Beurlaubung von zwei Hauptsachbearbeitern der KgU ohne Nennung der Gründe,
- b) Zwang zum Verlassen des Hauses der KgU ohne Unterrichtung über die Gründe,
- c) bewusstes in Unkenntnislassen der Mitarbeiter der KgU über die Gründe, die zur Beurlaubung der beiden Hauptsachbearbeiter führten und
- d) dadurch das Hervorrufen des Eindruckes, als ob die beiden Hauptsachbearbeiter etwas Unehrenhaftes getan hätten, höchst unanständig und durch nichts gerechtfertigt sind. Wenn Herr Tillich Demokrat sein will, darf er nicht je nach Belieben willkürlich und diktatorisch handeln.

Herr Tillich wusste aber genau, dass er in der KgU. schon längst bekannt ist. Hätte er dem Betriebsrat die Angelegenheit vorgetragen, um mit ihm zu einer Entscheidung zu kommen, dann hätte Herr Tillich niemals seine Willkürmassnahmen durchsetzen können, sondern man hätte ihm energisch Einhalt geboten.

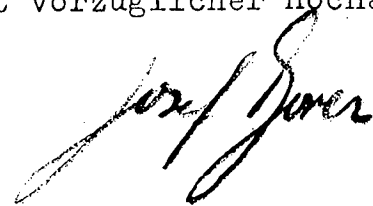
- 1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter der KgU.
- 2.) 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizensträger der KgU.
- 3.) 2. Kopie an den Betriebsratsvorsitzenden d. KgU, Herrn Paul.

Herrn Paul, Vorsitzender des Betriebsrates der KgU

unter Bezugnahme auf mein Schreiben vom 22.9.50 mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Veranlassung übersandt.

Berlin N 31
Usedomerstr. 6 bei Heidenrähde

mit vorzüglicher Hochachtung!



U.S. :lot :con . of :th:in o:el. :ss nov :tr:ted :m:ton :n : :tr:ded :el:

100-10400

"I am not a doctor" not do started of. of I am not a doctor

FROM MURDER NO. 12 OF 1968 TO THE 1970S AND 1980S. BY J. J. "BOBBY" BROWN

மேலே கூறிய காரணங்களால் ம.ச.இப் பள்ளி கட்டிடம் கட்டவேண்டிய அவசியம் உண்டாகிறது.

...it's all over and I'm with you and I'm not dead

ප්‍ර. : විවිධ සිද්ධාන්තවලින් වෙන් වෙන් වශයෙන් සැලකිය යුතු වන්නා වූ සංකල්පයන් වන : ස්වයං නිර්මාණය

re:delivered to: lsm avn al smotr esad noI. bria notit:og tinv' reo

07 2:00 LAYTON ROLLER:0:25 ROLL: APPROXIMATELY 200 YIM FROM THE END

RECEIVED: 1964 JAN 10 10 10 AM

NOV 19 1964

ALL INFORMATION CONTAINED HEREIN IS UNCLASSIFIED

RECEIVED THE SOUTH AFRICAN JOURNAL

— a n i t a r k r e t h a n c o u b l i t h . t d n e r e d d o t e a d n e : n o d n e : t a t e r o v

[illegible][illegible][illegible]

CONFIDENTIAL

1. சென்னை 2. கோவை 3. கரையூர் 4. கரையூர் 5. கரையூர் 6. கரையூர் 7. கரையூர் 8. கரையூர் 9. கரையூர் 10. கரையூர் 11. கரையூர் 12. கரையூர் 13. கரையூர் 14. கரையூர் 15. கரையூர் 16. கரையூர் 17. கரையூர் 18. கரையூர் 19. கரையூர் 20. கரையூர் 21. கரையூர் 22. கரையூர் 23. கரையூர் 24. கரையூர் 25. கரையூர் 26. கரையூர் 27. கரையூர் 28. கரையூர் 29. கரையூர் 30. கரையூர் 31. கரையூர் 32. கரையூர் 33. கரையூர் 34. கரையூர் 35. கரையூர் 36. கரையூர் 37. கரையூர் 38. கரையூர் 39. கரையூர் 40. கரையூர் 41. கரையூர் 42. கரையூர் 43. கரையூர் 44. கரையூர் 45. கரையூர் 46. கரையூர் 47. கரையூர் 48. கரையூர் 49. கரையூர் 50. கரையூர் 51. கரையூர் 52. கரையூர் 53. கரையூர் 54. கரையூர் 55. கரையூர் 56. கரையூர் 57. கரையூர் 58. கரையூர் 59. கரையூர் 60. கரையூர் 61. கரையூர் 62. கரையூர் 63. கரையூர் 64. கரையூர் 65. கரையூர் 66. கரையூர் 67. கரையூர் 68. கரையூர் 69. கரையூர் 70. கரையூர் 71. கரையூர் 72. கரையூர் 73. கரையூர் 74. கரையூர் 75. கரையூர் 76. கரையூர் 77. கரையூர் 78. கரையூர் 79. கரையூர் 80. கரையூர் 81. கரையூர் 82. கரையூர் 83. கரையூர் 84. கரையூர் 85. கரையூர் 86. கரையூர் 87. கரையூர் 88. கரையூர் 89. கரையூர் 90. கரையூர் 91. கரையூர் 92. கரையூர் 93. கரையூர் 94. கரையூர் 95. கரையூர் 96. கரையூர் 97. கரையூர் 98. கரையூர் 99. கரையூர் 100. கரையூர்

THE NOV DECEMBER 1964

—එයායි. 17 ගෙඩි ඇති ඇප්ල්ස් කෙට්ටුකර ඇති ටැබ්ලට් එකක් තුළට ඇතුළු කර ඇති බවට තීරණය කර ඇත.

ಪೊಟೆ ಸೆಡೆ: ೧೪೮೮೦: ಉಬ್ಬರಾಳ ಸರಸುಮಂಟ್ರಾಂಗ ಓಯಾ ಎಂಬರಾಳ ಸೆಡೆ: ೧೪೮೮೦ ಸೆಡೆ: ೧೪೮೮೦

සෞඛ්‍ය සහ කුලීන්ගේ අයිතිවාසිකම් පරමාර්ථය; එහි යටතේ ව්‍යවස්ථාපිත කර ඇති විධියට

എന്ന മൂലമുള്ള തീരുമാനം എന്തായിരുന്നു? : അതാണ് ഇവിടെ പ്രശ്നം. അതിനുള്ള

හරිත ජනාධිපතිවරයාගේ මානව හිමිකම් සංරක්ෂණය සහ වර්ධනය කිරීමේ කමිටුවේ සාමාජිකයෙක් ලෙස සේවය කිරීම සඳහා

offered more at the store than I could take. I was very happy to see him.

உத்யோகம் உடனடியாகவே நிறைவேற்றப்பட வேண்டும். இதுவே மத்திய அரசின் பொறுப்பு. இதை மத்திய அரசு நிறைவேற்ற வேண்டும். இதுவே மத்திய அரசின் பொறுப்பு. இதை மத்திய அரசு நிறைவேற்ற வேண்டும்.

○ 寺・堂・院・宮

စတုရန်းပုံ အနက် နှစ်ခု ပေါ်တွင် ရေးဆွဲထားသော မြေပုံ

13. The above-mentioned work was carried out in accordance with the plan of the Ministry of Education and Science of the Republic of Armenia.

[illegible]

NOTE: First and last names of respondents should appear in the top left corner of the page.

၁၉၄၇ ခုနှစ်၊ ဇူလိုင်လ ၁၀ ရက်နေ့တွင် ဦးစီးဌာနမှ အမတ်ကြီး ဦးစိုးဝင်းထံသို့ အောက်ပါအတိုင်း လက်မှတ်ရေးထိုးခဲ့သည်။

0. I have always enjoyed my life, and the way I live it.

மாண்புமிகு பேரவைத் தலைவர்:

red nov : olt gnuvortl re:reoorqazpnaa dohtlt :ev red at ene : vol

20. With regard, write your recommendation regarding the following:

7. අනුමැතිය ලබා දෙනු ලබන ප්‍රතිපත්ති : මෙ වැන්න පිළිබඳව : අනුමැතිය ලබා දෙනු ලබන ප්‍රතිපත්ති

ALL THE WAY TO THE HOUSE, THE HOUSEWIVES REMAIN AND ONLY ONE OF THE HOUSEHOLDERS.

Amerikanern in Berlin bekommen und habe nur auf aussergewöhnlichen
nichts nur einen Fleck für meine Zusammenarbeit mit den
Die Vorwürfe Tillichs weise ich entschieden zurück. Ich habe
dem Tüchtling adient des KGU garnicht finden könne.
er einen des ersten und fliegenden Hauptbeschwerder für
denn Tillich hat mir noch am 18. und 19.9.50 versichert, dass
Die Kündigungs des Kündigungsbeschwerdens kann nicht zutreffen,
lichen Gründen.
Ich erhebe gegen die Entlassung Einspruch aus allen recht-

Der Betriebsrat der KGU hat mir mit Schreiben vom 27.9.50 mit-
geteilt, dass er mir bald einen konkreten Bescheid zukommen
lassen wird. Ich habe am 2. Oktober 1950 in USA.
und ist im übrigen seit 2. Oktober 1950 in USA.
adent, denn Dr. Hilberbrand hat mir gegenteiliges versichert
Die Entlassung kann auch nicht im Sinne von Dr. Hilberbrand
seiner Meinung ich nicht ehrenrührig gehandelt habe.
17.10.50 vorliegen habe aus der ersichtlich ist, dass nach
ich bemerken, dass ich von Dr. Birkensfeld eine Mitteilung vom
zu dieser Kündigung und vor allem zum letzten Absatz möchte

Gen. Ernst Tillich."

Bei der Entlassung des Herrn Hilberbrand, Herrn Dr. Birkensfeld und dem
Betriebsrat des Hauses erfolgt.
nehmen mit Herrn Dr. Hilberbrand, Herrn Dr. Birkensfeld und dem
Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kündigung im Einklang
der Kampfgruppe gebührend gewürdigt werden.
welchen die Verdienste und der Fleiss Ihrer Arbeit innerhalb
Mit gleichem Termin geht Ihnen ein Entlassungsbescheid zu, in
sen werden.
Die Ihnen zustehenden Bezüge werden Ihnen zum 31.10.50 überwie-
bei von Ihnen ausschliessen.
dienstlicher Beziehungen ergeben, die eine weitere Mitar-
eine eingehende Überprüfung Ihrer Arbeit hat eine Unmög-
wegen Unmenschlichkeit zum 31. Oktober 1950.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Überrascht. Ich bei Heidenreich

Berlin W 51

"Herrn Josef D o r e r"

den der KGU zu:

Mit Datum vom 12.10.50 ging mir am 25.10.50 folgendes Schreib-

James
SECRET



111 4125

RECEIVED IN STAGOR SA' MOA' TADZ

90 01 D O L E T.

Einleitung von Zwangsmaßnahmen zurückgeschickt, wenn es gilt sein Ziel zu erreichen.

Wiederholt hat Tillich zum Ausdruck gebracht, dass er in der KGu nicht mit demokratischen Maßnahmen weiterkomme. Ich bin der Überzeugung, dass die von Tillich angewendeten Maßnahmen unwirksam sind:

- a) Beurteilung von zwei Hauptbeschäftigten der KGu ohne Nennung der Gründe,
 - b) Zwang zum Verlassen des Hauses der KGu ohne Unterrichtung über die Gründe,
 - c) Bewusstes in Unkenntnislassen der Mitarbeiter der KGu über die Gründe, die zur Beurteilung der beiden Hauptbeschäftigten führten und
 - d) dadurch das Hervorufen des Eindrucks, als ob die beiden Hauptbeschäftigten etwas Unehrenhaftes getan hätten, höchst unanständig und durch nichts gerechtfertigt sind. Wenn Tillich Demokratie einwillt, darf er nicht je nach Belieben willkürlich und diktatorisch handeln.
- Tillich wusste aber genau, dass er in der KGu schon längst erkannt hat. Hätte er dem Betriebsrat die Angelegenheit vorgesetzt, um mit ihm zu einer Entscheidung zu kommen, dann hätte Tillich niemals seine Willkürmaßnahmen durchsetzen können, sondern man hätte ihm energisch Einsicht gegeben.

1. Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter d. KGu
2. 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizenzträger d. KGu
3. 2. Kopie an den Betriebsrats-Vorsitzenden d. KGu Herrn Paul.

Dr. Hildebrandt
Abschrift

1. KGu. 1924
Hildebrandt, Dr. Hildebrandt
Hildebrandt, Dr. Hildebrandt

1924/25

Widerstand geschieden ist.
 Die Vorstände, die Tiliich gegen mich richtet, sind vornehmlich
 ich in der mich in keiner Weise vergangen oder entgegengekommen.
 an diesem Grunde erhebe ich Einspruch gegen meine Begründung. Die
 Methoden, die Tiliich angewandt hat, sprechen für sich.
 Ich bitte die Bescheidene Antwort (Herrn Paul, D. Hofmann). Beutel und
 (c) Herr Dr. Hildebrandt hieran und zu mir in Anwesenheit der Herren Dr. Hildebrandt
 Herr Dr. Hildebrandt zu hören auf dem von V. Hildebrandt, ich erlaube mir
 am 12.8.30 mit dem Amerikaner zusammen gekommen bin. Am 12.8.30 hat
 Tiliich mir Anweisung erteilt sämtliches Material in diesem an die
 Amerikaner weiterzugeben.

von mir den Amerikanern übergeben wurde, vorgelegt. Hierunter war auch
 sämtliches militärisches Nachrichtermaterial. Ohne jemals Einspruch zu
 erheben, hat Tiliich hiervon immer wieder Kenntnis genommen. Er hat mir
 sogar Anweisung erteilt, dieses militärische Material, wenn es möglich,
 weiterzugeben.

Ich habe nochmals daraufhin, dass Herr Dr. Hofmann 7 Monate lang diese
 militärische Nachrichtermaterial ebenfalls in dreifacher Ausfertigung
 (Original und 2 Kopien) erhalten hat. Wohin Dr. Hofmann dies
 militärische Nachrichtermaterial gegeben hat, ist mir allerdings nicht
 bekannt.

Ich bin nicht gewillt diese Angelegenheit auf sich beruhen zu lassen.
 Ich bin mir im Bewusstsein des Betrags eines und der einschneidenden Geis-
 tung zu dem zu stützenden Vorwürfen Stellung zu nehmen.

Sollte meine Wünsche nicht stattgegeben werden, werde ich mir bei
 dem zuständigen Stellen Recht zu verschaffen wissen.

- 1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter d. KGu
- 2.) 1. Kopie an Herrn Dr. Binkert, Leiter d. KGu
- 3.) 2. Kopie an den Herrn Bismarck, Herrn Paul d. KGu

Handwritten signature

Dr. Georg Eberts
Rechtsanwalt und Notar
Berlin W 15, Meinekestr. 26
Fernsprecher: Sammelnummer 91 63 17
Postcheckkonto: Bln-West 43324

Dr. Georg Eberts

Berlin, den 15. Dezember 1950

Herrn
Josef Dorel

Termin: 21.12.1950

Berlin N 21
Usschmittstraße 6

Betreff: Arbeitsgerichtsprozess

Sehr geehrter Herr Dorel!

Die AGU legte mir Ihre Klage mit Terminbestimmung zur Durchsicht vor und gab mir einige Informationen mit demgehorchten Aktenmaterial. Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage schlage ich Ihnen eine Klärung der Angelegenheit vor dem Verhandlungstermin in meinem Büro vor. Sollten Sie selbst zu dieser Konferenz bei mir nicht erscheinen können, so könnte an Ihrer Stelle Fräulein Heide, die sich kennt, kommen. Ich hoffe, mit Ihnen zu einem Anschlag vor dem Termin zu kommen, wobei ich selbstverständlich von der gegenseitigen Lage bei meiner Beurteilung ausgehe.

Als Termin zur Verhandlung in meinem Büro schlage ich Ihnen vor Montag, den 18. oder Dienstag, den 19.12.1950 jeweils 15 Uhr nachmittags. Ich bitte Sie, mein Büro 916317 oder meine Wohnung 843323 telefonisch zu verständigen.

Hochachtungsvoll

Georg Eberts

Rechtsanwalt.

Am Montag den 18.9.20, etwa um 12 Uhr, kam Tilly mit Herrn Kestner
zu mir in mein Zimmer und fragte mich, ob ich ihm einen
Koffer geben könnte, den er von Berlin mitgebracht hatte. Ich
sagte ihm, dass ich keinen Koffer habe, aber ich könnte ihm einen
Koffer aus dem Lager geben, wenn er das wollte. Er sagte, dass
er das wollte, und ich gab ihm einen Koffer aus dem Lager.
Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

Ich sagte ihm, dass der Koffer aus dem Lager war, und er sollte
darauf achten, dass er ihn nicht verliert.

ausgesprochen ist, weil ich der Überzeugung bin, dass die Ange-
hörigen der Familie sind, die uns Deutschen dankbar sein können
von der Belohnung die notwendigste Hilfe gewährt werden.

Topf ist das, was ich als meine Familie in den letzten Jahren
ausgesprochen ist, weil ich der Überzeugung bin, dass die Ange-
hörigen der Familie sind, die uns Deutschen dankbar sein können
von der Belohnung die notwendigste Hilfe gewährt werden.

1. 1. 1950: TBA Gr. IV

DM 287,50	:	1. 1. 1950
DM 28,50	"	1. 1. 1950
DM 20,--	"	1. 1. 1950

DM 420,-- (Dieser Betrag wurde
anbehalten.)
Die Verpflegungskosten betragen, wie ich nachgewiesen habe,
nicht 70,-- DM sondern DM 127,50. Die Differenz beträgt DM 57,50.

Dieser Betrag ist 4. 1. 1950 entstanden, das ist 1. 1. 1950
nicht mehr Kost, Verpflegung und Wohnung in der Kaserne,
sondern jetzt mehr als ein bisschen Kost, Verpflegung
und Wohnung vor dem.

2. 1. 1950 habe ich mein Geld nicht erhalten, trotzdem
es mir bereits am 31. 10. 50 angekündigt wurde.

3. Die Kündigung erfolgt mit Datum vom 15. 10. 50 - damit am 15.
11. 1950 von 31. 10. 50.

Ich bin der Überzeugung, dass dies nicht zulässig ist und
die K-U auch an die vierstelligen Kündigung halten muss.

4. Meine Indossament, das mir am 31. 10. 50 in Aussicht gestellt
wurde, habe ich noch nicht erhalten. Ohne diese

Indossament kann ich nicht weiter in der Kaserne leben und
muss die Wohnung und durch die Kündigung der Kaserne für 1950

und der Kaserne für 1950 in finanzielle Not geraten.
Ich habe noch kein Geld erhalten und muss noch mehr

Indossament erhalten und muss noch mehr Indossament erhalten.

Hochachtungsvoll:

Ich habe noch kein Geld erhalten und muss noch mehr
Indossament erhalten und muss noch mehr Indossament erhalten.

E i n g a b e

19287

14 DEZ 1928

H. N. N. N.

H. N. N. N.

An das

Arbeitsgericht Berlin

Berlin

Befristung: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht gegen die
ungerechtfertigte Entlassung durch die Kampfgruppe
gegen Unmenschlichkeit, Berlin-Nikolassee, Ernst Ring

str. 2.

Ohne.

Vorname:

Matt

Nachname:

Ich erhebe hiermit vor dem Arbeitsgericht Klage gegen
die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit, Berlin-Nikolassee,
wegen ungerechtfertigter Entlassung und Zurückhaltung meiner
mir zustehenden Löhne.

Nachstehende Erklärung:

Ich wurde am 18.8.1928 als Angestellter bei der Kampfgruppe
für die Unmenschlichkeit in Berlin-Nikolassee eingestellt. Am
1.9.28 wurde ich Hauptkassierer für den Tischlerlehrling
des Kgl. U. und leitete selbständig diese Abteilung. Am 1.10.28
wurde ich unterstellt unter vier Sachbearbeiter und vier
Sachbearbeiter. Ich hatte Unterschriftenbefugnis und wurde nach

10. IV 1928.

Am 1.9.1928 bin ich von der Kgl. U. in die Kgl. U. über-
nommen worden. Die Gründe, die ihn zu meiner
Entlassung veranlassen, ist es, daß ich aus dem Kgl. U. be-
urlaubt worden vom 22.9.28 und 24.9.28 zu dem Kgl. U.

Die Kgl. U. hat mich von dem Kgl. U. für seine Abteilung
übernommen. Ich bin Agent der Amerikaner. Ich habe keine Komman-
do, sondern erziele nur auf seinen Wunsch stützt, nur im ge-
richtlichen zu beschließen, hat er es auch zu hinterfragen
vorstellen, es ist nicht öffentlich von dem Kgl. U. und
den Angehörigen der Kgl. U. zu den Angehörigen der Kgl. U. geh-
ren konnte.

Uasdomerstr. 6 bei Hidenreich

13347

15

W. W. W.

Arbeitsgericht von Groß-Berlin

an das

Arbeits-Gewerkschaft

Arbeitsgericht. 21

Begründung: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht wegen un-
gerechtfertigter Entlassung durch die Kammergrube
gegen Unmenschlichkeit.

Vorname: Dort. Schmidt vom 21.11.50 (Arb. 693/50 K.G.U.; meine
Schreiben vom 14.11.50, 27.11.50 und 2.12.50.

In meinen obigen Schreiben habe ich übersehen, noch folgenden

anzunehmen:

"Am 2.9.50, um 10 Uhr, brachte mir T. i. i. c. h. in drilli-
Tone, er wolle mich der amerikanischen Militär-Offizier überge-
ben."

Ich bin dieser Drohung mit der Gewalt der R.F. zu-
kunft der Unmenschlichkeit mit dem Ziele mich zu verschonen
freiwillig meine Stellung in der K.G.U. aufzugeben.

Hochachtungsvoll!!!

W. W. W.

Dorfer

in den Rheinla
Abb. 6

066

Als Nachtrag zu meinem Bericht vom 22.9.50 möchte ich noch folgendes bemerken:

Herr Tillich hat mich am 18. und 19.9.50 befragt, ob ich dem "Mitteldeutschen Verband" angehöre. Hierzu erkläre ich, dass ich den Namen noch niemals gehört hatte, niemand aus diesem Verband kenne und auch ihm selbst niemals angehört habe oder nur die Aufgaben und Ziele dieses Verbandes kenne.

Herr Tillich weiss ganz genau, dass alle seine Anschuldigungen völlig aus der Luft gegriffen sind.

Ich habe niemals aus meiner dienstlichen Zusammenarbeit mit den Amerikanern einen materiellen Vorteil gehabt. Niemals habe ich für meine Tätigkeit Geld oder eine andere Unterstützung von den Amerikanern erhalten. Wenn er mir aber vorwerfen will, dass ich alle 2 oder 3 Wochen nach Ffm. übers Wochenende geflogen sei so verhält sich dies wie folgt:

Vor einigen Monaten habe ich Herrn Dr. Hildebrandt zur Kenntnis gebracht, dass es für mich als Verheirateter nicht leicht ist nach den langen Kriegsjahren und der langen Gefangenschaft nicht mehr mit meiner Frau und meinem 9-jährigen Kinde zusammen zu sein. Es wurde zwischen Dr. Hildebrandt und Tillich vereinbart, dass ich alle 2 oder 3 Wochen übers Wochenende nach Ffm. fliegen dürfe. Diese Flugmöglichkeiten haben mir die Amerikaner auf Wunsch von Herrn Dr. Hildebrandt gegeben.

Dass meine Stellung in der KgU als Hauptsachbearbeiter für den Flüchtlingsdienst erkannt wurde und ausgenutzt werden sollte, ergab sich daraus, dass man versuchte mich mit grösseren Geldbeträgen zu bewegen, Nachrichtenmaterial abzugeben. Ich habe sofort nachdem mir derartige Angebote gemacht wurden jeweils Herrn Dr. Hildebrandt und Herrn Tillich hierüber unterrichtet. Dass diese Angebote mir ~~das~~ in einem Falle das dreifache meines Monatsgehaltes in Aussicht stellten, liess mich unberührt.

Ich bin der Überzeugung, dass Herr Tillich wider besseres Wissen gehandelt hat. Er hat mir im vergangenen Monat zum Ausdruck gebracht, dass er ~~seiner~~ meine Zusammenarbeit mit den Amerikanern weniger gern sehe und vor allem wünsche, dass ich mit der SPD gut zusammenarbeite. Ich traf mich daraufhin wiederholt mit einem Angehörigen des Ostbüros der SPD, gab ihm Warnmeldungen und besprach mit ihm gemeinsam interessierende dienstl. Angelegenheiten.

Ich sehe in der von Herrn Tillich ausgesprochenen Drohung mich von der amerikanischen Militärpolizei festnehmen zu lassen einen echt Akt der Unmenschlichkeit. Hier hat er so richtig gezeigt, dass er nachdem er schon ehrverletzende Massnahmen angewandt hat, auch nicht vor der Einleitung von Zwangsmassnahmen zurückschreckt, wenn es geht sein Ziel zu erreichen.

Wiederholt hat Herr Tillich zum Ausdruck gebracht, dass er in der KgU nicht mit demokratischen Massnahmen weiterkomme. Ich bin der Überzeugung, dass diese von Herrn Tillich angewandten Massnahmen und zwar:

- a) Beurlaubung von zwei Hauptsachbearbeitern der KgU ohne Nennung der Gründe,
- b) Zwang zum Verlassen des Hauses der KgU ohne Unterrichtung über die Gründe,
- c) bewusstes in Unkenntnislassen der Mitarbeiter der KgU über die Gründe, die zur Beurlaubung der beiden Hauptsachbearbeiter führten und
- d) dadurch das Hervorrufen des Eindrucks, als ob die beiden Hauptsachbearbeiter etwas Unehrenhaftes getan hätten, höchst unanständig und durch nichts gerechtfertigt sind. Wenn Herr Tillich Demokrat sein will, darf er nicht je nach Belieben willkürlich und diktatorisch handeln.

Herr Tillich wusste aber genau, dass er in der KgU schon längst erkannt ist. ~~Hätte er dem Betriebsrat die Angelegenheit vorgetragen,~~ um mit ihm zu einer Entscheidung zu kommen, dann hätte Herr Tillich niemals seine Willkürmassnahmen durchsetzen können, sondern man hätte ihm energisch Einhalt geboten.

- 1.) Original an Herrn Dr. Hildebrandt, Leiter der KgU.
- 2.) 1. Kopie an Herrn Dr. Birkenfeld, Lizensträger der KgU.
- 3.) 2. Kopie an den Betriebsratsvorsitzenden d. KgU Herrn Paul.

Herrn

Dr. Hildebrandt als Nachtrag zu meinem Schreiben vom 22.9.50 mit der Bitte um Kenntnisnahme und zur weiteren Veranlassung übersandt

Mit vorzüglicher Hochachtung!

Prof. Dr. Dürer

Prof. Dr. Dürer

Dr. Günther Birkenfeld, Ithweg 3 . 84 60 66

Berlin-Zehlendorf, den 17. 10. 50

MEMORANDUM für die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
zu den Vorgängen um Herrn Josef Dorer
und Fräulein Reich

.....

Der Unterzeichnete hat die Schriftsätze von Herrn Dorer: gewissenhaft geprüft und hat Dr. Rainer Hildebrandt und Frau Kochanowski, besonders eingehend aber Ernst Tillich angehört. Dr. Hildebrandt und Ernst Tillich haben dem Unterzeichneten um eine schiedliche Vermittlung gebeten.

Der Unterzeichnete hat aus allen mitgeteilten Tatsachen den Eindruck gewonnen, daß Herr Dorer durch eine andere Verpflichtung, die er geheim halten mußte, gebunden war und dadurch innerhalb der KgU in schiefe Situationen geriet. Er hat nach Meinung des Unterzeichneten also nicht ehrenrührig gehandelt, mußte aber zu Recht zunächst zur Disposition gestellt werden, da für die KgU eine andere, geheime Verpflichtung eines ihrer leitenden Angestellten nicht tragbar war und sein kann.

Herr Dorer ist zur Zeit in Westdeutschland. Der Unterzeichnete hat Fräulein Reich seinen im letzten Absatz skizzierten Eindruck mit genau diesen Worten dargelegt, wie er das am Schluß des Gespräches mit Ernst Tillich schon getan hatte. Fräulein Reich äußerte dazu keinen Widerspruch.

Gemäß der Abrede mit dem Geschäftsführer der KgU Ernst Tillich hat der Unterzeichnete daraufhin Fräulein Reich, mit der Bitte um Weitergabe an Herrn Dorer, das folgende erklärt :

- 1) Nach allem was geschehen ist, dürfte eine Wiedereinstellung von Herrn Dorer und Frl. Reich in die KgU nicht empfehlenswert sein. Frl. Reich äußerte sich hierzu ihrerseits in dem Sinne, daß das Schicksal...

- 2) Herr Dorer erhält noch das volle Gehalt für den Monat Oktober 1950

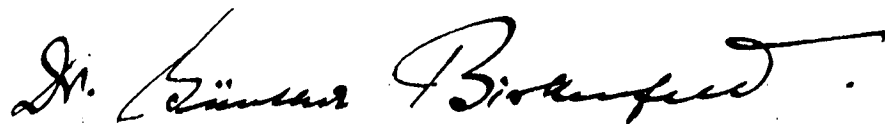
Fräulein Reich erhält, in Anerkennung ihrer lang und verdienstlichen Mitarbeit in der KGU, das volle Gehalt bis einschließlich Dezember 1950

- 3) Herr Dorer und Fräulein Reich erhalten sofort die ihnen arbeitsrechtlich zustehenden Zeugnisse.

Dabei soll das Zeugnis für Herrn Dorer möglichst so abgefaßt sein, daß er darin einen Ausgleich für einige heftige Äußerungen erblicken kann, die ihm in der Erregung gesagt wurden.

Das Zeugnis für Fräulein Reich soll ihre treue Aufbauarbeit und ihre Verdienste um die KGU betonen und in der Bemühung abgefaßt sein, ihr zu einer anderen Anstellung zu verhelfen.

Fräulein Reich hat auch den Punkten 2 und 3 bereits zugestimmt. Sie wird eine Kopie dieses Memorandums an Herr Dorer schicken. Damit ist die ganze Angelegenheit als beigelegt und abgeschlossen zu betrachten.



(Dr. Günther Birkenfeld)

Zehlendorf, 17.X.1950

Lieber Ernst,

in der Anlage das abschließende Memorandum
zu der Angelegenheit KgU - Dorer / Reich.

Bestens grüßend, Dein

Sebastian B.

Receiving the true

~~Hofma~~_____

So. 6-1 97-7335

Port Rocking No. 7 —
No. 5, 10, 40

Spiegel in Stille und ~~Erwartung~~

Ver 8 Rq - ~~the~~ ver 2 Memo re -
 Ver Hauptbahnhof, Cpt. Sample type 10 W.C.
 Aug 12.03 bottles

Barthelme
March 1964

Re 20.8 million

Anlage zur Pers. Akte

Name: Dorer, Josef
geboren:
Wohnort: Berlin N 31, Usedomer Str. 4

Eintritt: 1. 3. 1950
Austritt: 31. 10. 1950

1.3.1950

Hfm/Gl.

001

Herrn
Josef D o h r e r
Berlin-Nikolassee
Ernst-Ringstr.2-4

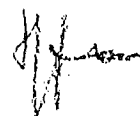
Sehr geehrter Herr Dohrer!

Unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Arbeitsamtes erklären wir uns hiermit bereit, Sie ab 1.März 1950 als Sachbearbeiter der "Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit" zu beschäftigen.

Als Entgelt für Ihre Tätigkeit bieten wir Ihnen ein Monatsgehalt von 350.- DM West.

Für den Fall Ihres Eintritts gilt beiderseits eine Kündigungsfrist von einem Monat und zwar von Ultimo eines Monats zu Ultimo des nächsten Monats.

i.V.



Verpflichtungsschein

Ich verpflichte mich hiermit:

- a) alle mir uebertragenen Aufgaben mit Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit auszufuehren,
- b) ueber alle Vorgaenge, die mir dienstlich waehrend meiner Taetigkeit bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zur Kenntnis kommen, strenges Stillschweigen zu wahren,
- c) bei Telefongespraechen mir die groesste Zurueckhaltung unter besonderer Beachtung der Geheimhaltungspflichten aufzuerlegen,
- d) niemals -auch nicht nach dem Ausscheiden aus den Diensten der KgU- Namen oder Einzelheiten ueber Dienststellenangehoerige oder sonst mit uns in Verbindung stehende Personen an irgendjemand weiterzugeben.

Ist durch mein vorsaeztliches oder fahrlaessiges Verstossen gegen diese Vorschriften Schaden entstanden ~~oder haette dadurch entstehen koennen~~, bin ich mit fristloser Entlassung, unbeachtet strafrechtlicher Verfolgung, einverstanden.

Berlin, den *22.12.* 1950



201-241016

31.5.1950

003

T/Gl.

Sehr geehrter Herr Dorer!

Wegen organisatorischer und finanzieller Umstellungen
kündigen wir formell den bisher mit Ihnen geschlossenen
Vertrag zum 30.6.1950. Diese Massnahme erfolgt im Ein-
vernehmen mit dem Betriebsrat.

Handwritten signature and date:
1.6.50
[Signature]

i.V. gez. Tillisch
F.J.R. Hasenig

004

KAMPFGRUPPE GEGEN UNMENSCHLICHKEIT

1. AUG. 1950

Berlin-Nikolassee, d.

1950

Herrn Dörner 1. Klasse

Auf Grund der neuen Gehaltsregelung in Anlehnung an die TOA stellen sich Ihre monatlichen Bezüge wie folgt:

Vergütung brutto		DM	358 -
Abzüge: Lohnsteuer	DM	27.05	
Kirchensteuer	DM	2.26	
Sozialversicherung	DM	36. -	
Währungsopfer	DM	5.30	DM 70.61
Verbleibendes <u>Netto</u> gehalt:		DM	287.39

Der von uns zu tragende Arbeitgeberanteil an Sozialbeiträgen beträgt

DM 36. -

Zu unserem Bedauern sind wir zurzeit nicht in der Lage, die in der TOA vorgesehenen Wohnungsgeldzuschüsse zu leisten.

Urlaubs- und Kündigungsangelegenheiten regeln sich nach der für Sie vorgesehenen Gruppe IV der TOA.

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
i.V.

Klein

Der Betriebsrat

Paul

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

Berlin-Nikolassee den 19.7.1950
Ernst-Ring-Straße 2 T/F
Telefon 84 43 46

Herrn D o r e r
im Hause

007

Auf Grund einer eingehenden Überprüfung der finanziellen und arbeitsmässigen Verhältnisse der Kampfgruppe schlagen wir Ihnen ein Vertragsverhältnis vor, das Ihre Bezüge nach der TOA, Gruppe IV, regelt. Die Kündigungs- und Urlaubsregelung versteht sich ebenfalls nach den Vorschriften der TOA.

Wir stellen Ihnen in den nächsten Tagen auf dieser Grundlage einen Vertrag mit genauer Gehaltsangabe zu mit der Bitte um Unterschrift.

KAMPFGRUPPE GEGEN UNMENSCHLICHKEIT

i.V.

Ernst Kellner

Betriebsrat:

Faub

008

den 19.7.1950
T/F

Herrn D o r e r
im Hause

Auf Grund einer eingehenden Überprüfung der finanziellen und arbeitsmässigen Verhältnisse der Kampfgruppe schlagen wir Ihnen ein Vertragsverhältnis vor, das Ihre Bezüge nach der TOA, Gruppe IV, regelt. Die Kündigungs- und Urlaubsregelung versteht sich ebenfalls nach den Vorschriften der TOA.

Wir stellen Ihnen in den nächsten Tagen auf dieser Grundlage einen Vertrag mit genauer Gehaltsangabe zu mit der Bitte um Unterschrift.

KAMPFGROUPE GEGEN UNMENSCHLICHKEIT
i.V.

Betriebsrat:



009
22.7.50

An den
Magistrat von Gross-Berlin
Fuersorgestelle fuer politische
Fluechtlinge aus der Ostzone
z. Hd. von Frau v.d.Decken,

Berlin - Chbg.

Cuno Fischer Str.8

Sehr geehrte gnaedige Frau,

Unseren Mitarbeiter Herrn D o r e r haben wir -eigens weil wir einen Spezialisten auf dem Vernehmungswesen benoetigten- aus Westdeutschland kommen lassen. Inzwischen haben wir festgestellt -und ich hoffe doch, Sie haben auch schon ueber seine Faehigkeiten Erfahrungen gesammelt-, dass er fuer uns unentbehrlich ist. Es waere uns daher sehr daran gelegen, seine vorlaeufige Zuzugsgenehmigung in eine Dauer-Zuzugsgenehmigung verwandelt zu sehen.

Sie werden fuer diesen Sonderfall sicher Verstaendnis haben und wir waeren Ihnen zu grossem Dank verpflichtet, wenn Sie Ihren Einfluss zur Regelung dieses Falles verwenden wuerden.

Nachstehend die Personalien:

Josef D o r e r
geb. 18.3.15 in Neunkirchen/Saar
frueher wohnh.gewesen in Frankfurt/M
z.Zt. Bln.-Nikolassee, Ernst Ringstr. 2

Mit verbindlichem Gruss und bestem Dank fuer Ihre Hilfsbereitschaft

Ihr

MAGISTRAT VON GROSS BERLIN

Abteilung Sozialwesen

H. Soz. II/7 v.d.D./Mü.

An die

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
z.Hd. von Herrn Dr. Rainer Hildebrandt

Berlin-Nikolassee
Ernst-Ring-Str. 2-4

Sehr geehrter Herr Dr. Hildebrandt !

Zu meinem lebhaften Bedauern ist es mir nicht möglich, in der Zuzugs-
angelegenheit des Herrn D o r e r von hier aus etwas zu veranlassen
da Herr D. von Westdeutschland nach Berlin gekommen ist.

Ich möchte Ihnen raten, ein befürwortendes Schreiben an den Leiter
der Zuzugsstelle desjenigen Bezirkes zu richten, in dem Herr D. zur
Zeit wohnt.

Die Durchführungsvorschrift zur Berliner Vollzugsverordnung des Woh-
nungsgesetzes vom 16.9.49 gibt den Wohnungsämtern in § 3, Ziff. 1,
die Möglichkeit in besonders gelagerten Fällen die unbefristete Zu-
zugsgenehmigung zu erteilen.

Mit verbindlichen Grüßen

Ihre

Magrat M. Fischer

Berlin-Charlottenburg, d. 27.7.50
Kuno-Fischer-Str. 8
Telefon: 92 7705

010

Eingang:
7833
2. JULI 1950
Hr. Dore
He

An die
Zuzugsstelle des
Bezirksamts Zehlendorf
Berlin-Zehlendorf
Rathaus

Betr.: Antrag auf Zuzugsgenehmigung fuer
----- Herrn Josef D o r e r , fruher wohn. gewesen
Frankfurt/Main

Sehr geehrte Herren,

Den beigefuegten Antrag auf Zuzugsgenehmigung fuer Herrn
Josef D o r e r unterstuetzen wir hiermit und bitten,
ihm nach Moeglichkeit auf Grund der Durchfuehrungsvorschrift
zur Berliner Vollzugsverordnung des Wohnungsgesetzes vom
16.9.49, Paragr. 3, Ziff.1, stattzugeben.

Herr Dorer ist auf Grund seiner Spezialkenntnisse aus
Westdeutschland hierhergeholt worden, u.a. untersteht ihm
die Begutachtung der politischen Fluechtlinge aus der Ost-
zone, die ihn in enge Verbindung mit den entsprechenden
Abteilungen des Berliner Magistrats bringt. Herr Dorer
ist fuer diese Arbeit fuer uns unentbehrlich und schon
mit Ruecksicht auf die Wichtigkeit dieses Arbeitsgebiets
fuer die Allgemeinheit waeren wir dankbar, wenn die bis
jetzt "vorlaeufig" geltende Aufenthaltsgenehmigung des Herrn
Dorer in eine Dauer-Zuzugsgenehmigung verwandelt werden
koennte.

Erwaehnt sei, dass Herr Dorer durch seine Arbeit sowohl
mit Frau v.d.Decken als auch mit Frau Stadtrat Dr.Lueders
bekannt ist.

Mit vorzueglicher Hochachtung
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

8y.4:

9.8.50

Frau v.d.Decken
Fuersorgestelle fuer politische
Fluechtlinge der Ostzone
Berlin - Untg.
Cuno Fischer Str. 8

Sehr geehrte Frau v.d.Decken,

In Anlehnung an unser letztes Schreiben, in dem wir um die Zuzugsgenehmigung fuer Herrn Josef D o r e r ersuchten, moechte ich meinen Angaben noch hinzufuegen, dass die zustaeendige Magistratsdienststelle (Zuzugsstelle Berlin-Zehlendorf) uns folgendes mitteilte:

Da es sich hier nicht um einen Ostfluechtling handelt, sondern Herr Dorer aus Westdeutschland hierher uebersiedelt, sei der Berliner Magistrat zustaeendig und die Zuzugsbewilligung muesse von einem Magistratsmitglied befuerwortet werden unter Bezugnahme auf Paragr.3, Abs.1 der z.Zt. geltenden Zuzugsbestimmungen.

Wir waeren Ihnen zu Dank verpflichtet, wenn Sie Ihre Stellung als Magistratsmitglied dazu verwenden wuerden, einige befuerwortende Zeilen hierher oder an das Bezirksamt Zehlendorf zu richten, damit die Arbeitskraft von Herrn Dorer uns erhalten bleibt.

Mit verbindlichem Dank und

vorzueglicher Hochachtung
Ihr
sehr ergebener

Eng. Hildebrand

015

18.9.50

An das
Hotel Rheingold
Berlin - Zehlendorf
Limastr. 11

Wir bestätigen, bei Ihnen telefonisch ein Hotelzimmer
für eine Nacht für Herrn Josef D o r e r bestellt zu
haben. Die Rechnung bitten wir uns zuzustellen
bzw. Herrn Dr. Hildebrandt.

Hochachtungsvoll
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

016

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

BERLIN-NIKOLASSEE, den 18.9.50
Ernst-Ring-Straße 2
Telefon 84 43 46 und 84 46 73

Herrn D o r e r
Hotel Rhein gold
Berlin - Zehlendorf

Sehr geehrter Herr Dorer,

Ich hatte die Anordnung, Ihnen einen Interzonenpass
und einen Flugplatz für morgen zu besorgen.

Den Interzonenpass erhalten Sie anbei, der Flugplatz
ist für das Mittagsflugzeug morgen (Dienstag, d. 19.9.)
gebucht. Sie erhalten die Flugkarte morgen gegen 10 Uhr
in Ihr Hotel gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und besten Wünschen

S. Krehenowski

018

Aktenvermerk

=====

Hotelzimmer für Herrn Dörer bestellt im Hotel Rheingold, Bln.Zehl., Limastr.11. (Später, etwa gegen 19 Uhr, vorsorglich telefonisch abbestellt).

Herr Dörer wurde telegrafisch am 19.9. früh benachrichtigt, dass Flugplatz und Interzonenpass für ihn a.d.Flughafen Tempelhof bereitliegen.

AOA Tempelhof bestätigte bei Anruf 12,05 Min. am 19.9.apt., dass der Flugplatz, auch wenn er nicht vorher rechtzeitig abbestellt wurde, ohne nochmalige Bezahlung in den nächsten Tagen benutzt werden dürfe.

Berlin, d. 19.9.502

Krollaurosch

019

Telegramm

D Dorer bei Heidenreich

Usedomerstr. 6
Berlin N 31

=====

Flugkarte für heute 12 Uhr nach Frankfurt sowie
Interzonenpass liegen für Sie Ticketoffice AOA
Flughafen Tempelhof stop Abholung dort spätestens
11 Uhr 15

Tillich

tel. aufgegeben
19.9.50
8,15 Uhr

Kw.

26

18.9.50

Herrn D o r e r
Hotel Rhein gold
Berlin - Zehlendorf

Sehr geehrter Herr Dorer,

Ich hatte die Anordnung, Ihnen einen Interzonenpass
und einen Flugplatz für morgen zu besorgen.

Den Interzonenpass erhalten Sie anbei, der Flugplatz
ist für das Mittagsflugzeug morgen (Dienstag, d. 19.9.)
gebucht. Sie erhalten die Flugkarte morgen gegen 10 Uhr
in Ihr Hotel gebracht.

Mit vorzüglicher Hochachtung
und besten Wünschen

[Handwritten signature]

Berlin, den 21. September 1950

028

V e r m e r k .

Am 20. ds. Mts. führte Unterzeichneter mit Herrn Dr. Hoffmann ein Telefongespräch, in dem Dr. H. um Auskunft gebeten wurde, ob es Herrn D. gestattet wäre, militärische Informationen zu sammeln. Dr. H. verneinte dieses und erklärte, dass ein striktes Verbot seinerseits im Hause bestände hätte und dieses allen Mitarbeitern bekannt sei.

Martini

029

Berlin, den 21. September 1950

V e r m e r k .

Am 20. ds. Mts. führte Unterzeichneter mit Herrn Dr. Hoffmann ein Telefongespräch, in dem Dr. H. ^{u. a.} um Auskunft gebeten wurde, ob es Herrn D. gestattet wäre, militärische Informationen zu sammeln. Dr. H. verneinte dieses und erklärte, dass ein striktes Verbot seinerseits im Hause bestanden hätte und dieses allen Mitarbeitern bekannt sei.

Handwritten signature

niemals von einer Kündigung die Rede war:

"Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
- Betriebsrat -

Bln, den 27.9

Herrn

Berlin N 31
Usedomstr 6

Sehr geehrter Herr D o r e r:


Wir bestätigen den Erhalt Ihres Schreibens vom 22.9.ds.Jrs.
sowie des beigefügten Berichtes mit dem Nachtrag vom 24.9.d.

Wir haben die Geschäftsführung davon unterrichtet, dass Sie
den Wunsch haben, in einer Lizenzträgerversammlung zu den
Ihnen gemachten Vorwürfen Stellung zu nehmen. Daraufhin ist
von Herrn Tillich mitgeteilt worden, dass die Angelegenheit
noch in der Schwebe, d.h. nicht entschieden sei. Herr Tillich
wird Anfang der nächsten Woche aus West-Deutschlands zurück-
gekehrt und hofft, uns dann einen endgültigen Bescheid geben zu
können.

Aus diesem Grunde ist es uns leider auch noch nicht möglich,
zu Ihrer vorläufigen Beurlaubung Stellung zu nehmen. Wir
hoffen, dass wir Ihnen in der nächsten Woche einen konkreter
Bescheid zukommen lassen können.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Betriebsrat der KGU

I.A.: Gez. P a u l "

5. Ich habe bisher noch nicht meine Entlassungspapiere erhalten.
Ich bitte darauf hinzuwirken, dass mir diese per Einschreiben
an meine Berliner Anschrift gesandt werden.
6. Ich bitte doch festzustellen, wann das Arbeitsamt Berlin
seine Zustimmung zur Kündigung erteilt hat. Ich glaube, dann wür-
de sich der Termin der Kündigung von selbst klären.
7. Beigefügt überreiche ich die allgemeine Termins-Vollmacht für
Herrn Krause.
8. Ich bestehe auf dem in meinem Schreiben vom 27.11.50 und
21.12.50 gemachten Vorschlag zwecks gütlicher Regelung.
Hochachtungsvoll 

3. OKT. 1950

1.10.1950

069

An den
Betriebsrat

Berlin-Nikolaasse
Ernst Ring Str. 2

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 27. vorigen Monats
Ich nahm hieraus zur Kenntnis, dass der Betriebsrat hofft,
mir in der nächsten Woche einen konkreten Bescheid geben zu
können.

Man hat mir mein Gehalt für den verflossenen Monat vorenthalten
Hierdurch bin ich und ist meine Familie in eine wirtschaftliche
Zwangslage geraten. Da es mir nicht möglich ist mittellos in
Berlin zu leben, begebe ich mich nach Westdeutschland. Dies wil
jedoch keineswegs heissen, dass ich beabsichtige eines meiner
Rechte aufzugeben.

Sollten noch weitere Vorwürfe, als sie bereits in meinen Schrei-
ben vom 22. und 24.9. widerlegt wurden, gemacht werden, bitte
ich mir diese schriftlich mitzuteilen. Ich werde alsdann sofort
schriftlich hierzu Stellung nehmen. Sollte eine mündliche Aus-
sprache vor dem Betriebsrat und den Lizenzträgern gewünscht
werden, bin ich hierzu gern unter Beschaffung einer Flugmög-
lichkeit, bereit.

Wenn man mir mein zustehendes Gehalt weiterhin zurückhält, bin
ich leider gezwungen den Klageweg zu beschreiten. Dies wäre
insofern bedauerlich, als damit gleichzeitig eine genaue und
uneingeschränkte Unterrichtung der Öffentlichkeit über die unge-
rechtigerten Massnahmen in der Kampfgruppe vorgenommen würde.

Mit vorzüglicher Hochachtung!

J. J. J.

P.S.:

Weitere Nachrichten bitte ich mir
unter meiner bisherig en Anschrift
zu übermitteln.

7.10.50

070

An die
Zuzugsstelle beim
D. Reichsaussch. für
Berlin - Zehlendorf

Kirchstr. 1 - 2

Mit unserem Schreiben vom 7. August d.J. sprachen
wir eine Befürwortung des Antrages auf Zuzug nach
Berlin-Zehlendorf für

Herrn Josef D o r e r
wohnhaft Eln.Nikolassee, Ernst Ringstr.2

aus. Diese Befürwortung ziehen wir hiermit zurück,
wir sind an einem Zuzug von Herrn Dorer nicht mehr
interessiert. Herr Dorer hat seine Tätigkeit bei uns
aufgegeben und unseres Wissens nach Berlin wieder
verlassen.

Hochachtungsvoll
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
i.A.

Martini

Einlieferungschein

Gegenstand (z. B. B-B)	(Abkürzungen s. umseitig)	
an- gegebener Wert oder abgezählter Betrag	(in Ziffern)	(in Ziffern)
Emp- fänger	Herrn Josef D o r e r	
Bestim- mungsort	Berlin N 31 Useomerstraße 6	

15.10.50

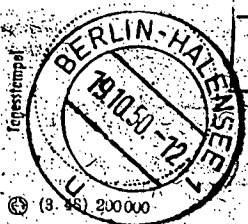
072

kg-4

rn
ef D o r e r

rlin N 31

Heidenreich



27	
----	--

Postannahme

Bäl

C 62 Din A 7

ar geehrter Herr Dorer !

...ermitt künden wir Ihr Arbeitsverhältnis
bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zum

31. Oktober 1950 .

Eine eingehende Überprüfung Ihrer Arbeit hat eine
Unzahl dienstlicher Beanstandungen ergeben, die
eine weitere Mitarbeit von Ihnen ausschliessen.

Die Ihnen zustehenden Bezüge werden Ihnen
zum 31.10.50 überwiesen werden.

Mit gleichem Termin geht Ihnen ein Entlassungs-
zeugnis zu, in welchem die Verdienste und der Fleiss
Ihrer Arbeit innerhalb der Kampfgruppe gebührend ge-
würdigt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

15.10.50

072

Herrn
Josef D o r e r

Berlin N 31
b/ Heidenreich

Sehr geehrter Herr Dorer !

Hiermit kündigen wir Ihr Arbeitsverhältnis
bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zum

31. Oktober 1950 .

Eine eingehende Überprüfung Ihrer Arbeit hat eine
Unzahl dienstlicher Beanstandungen ergeben, die
eine weitere Mitarbeit von Ihnen ausschliessen.

Die Ihnen zustehenden Bezüge werden Ihnen
zum 31.10.50 überwiesen werden.

Mit gleichem Termin geht Ihnen ein Entlassungs-
zeugnis zu, in welchem die Verdienste und der Fleiss
Ihrer Arbeit innerhalb der Kampfgruppe gebührend ge-
würdigt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

13.10.50

Einschreiben

Herrn
Josef D o r e r

Berlin N 31

073

b. Heidenreich

Sehr geehrter Herr Dorer !

Hiermit kündigen wir Ihr Arbeitsverhältnis
bei der Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit zum

31. Oktober 1950 .

Eine eingehende Überprüfung Ihrer Arbeit hat eine
Unzahl dienstlicher Beanstandungen ergeben, die
eine weitere Mitarbeit von Ihnen ausschliessen.

Die Ihnen zustehenden Bezüge werden Ihnen
zum 31.10.50 überwiesen werden.

Mit gleichem Termin geht Ihnen ein Entlassungs-
zeugnis zu, in welchem die Verdienste und der Fleiss
Ihrer Arbeit innerhalb der Kampfgruppe gebührend ge-
würdigt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

Einlieferungschein

15.10.50

075

Gegenstand (z.B. B-B)	(Abkürzungen, g. umseitig)	
gegebenen Wert oder eingezahlter Betrag	22 (in Ziffern)	22 (in Ziffern)
Emp- fänger	Fräulein Ruth Heidenreich	
Bestim- mungsart	Berlin N 31 Usedomer Straße 6	

Fräulein
Ruth Heidenreich

Berlin N 31

Usedomer Str. 6



205		
-----	--	--

Postannahme

Bäh

C 62 Dln A 7

Sehr geehrtes Frä. Heidenreich !

Hiermit kündigen wir Ihr Arbeitsverhältnis
mit Wirkung vom

31. Dezember 1950

aus innerdienstlichen Gründen.

Wir haben einen so späten Kündigungstermin
im Hinblick auf Ihre lange Mitarbeit innerhalb der
Kampfgruppe gewählt und hoffen, dass Sie bis dahin
Gelegenheit finden, eine neue Arbeit anzutreten.
Gleichzeitig beurlauben wir Sie bis zum 31.12.50.

Die Ihnen zustehenden Bezüge gehen Ihnen
jeweils zum Monatsende an Ihre Berliner Adresse zu.

Zum Jahresende wird Ihnen ausserdem ein Ent-
lassungszeugnis ausgefertigt werden, das Ihre Ver-
dienste und Ihren Fleiss innerhalb der Kampfgruppe
gebührend würdigen wird.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

15.10.50

075

Fräulein
Ruth Heidenreich

Berlin N 31

Sehr geehrtes Frä. Heidenreich !

Hiermit kündigen wir Ihr Arbeitsverhältnis
zu uns mit Wirkung vom

31. Dezember 1950
aus innerdienstlichen Gründen.

Wir haben einen so späten Kündigungstermin
im Hinblick auf Ihre lange Mitarbeit innerhalb der
Kampfgruppe gewählt und hoffen, dass Sie bis dahin
Gelegenheit finden, eine neue Arbeit anzutreten.
Gleichzeitig beurlauben wir Sie bis zum 31.12.50.

Die Ihnen zustehenden Bezüge gehen Ihnen
jeweils zum Monatsende an Ihre Berliner Adresse zu.

Zum Jahresende wird Ihnen ausserdem ein Ent-
lassungszeugnis ausgefertigt werden, das Ihre Ver-
dienste und Ihren Fleiss innerhalb der Kampfgruppe
gebührend würdigen wird.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

13.10.50

076

Fräulein
Ruth Heidenreich

Berlin N 31

Sehr geehrtes Frä. Heidenreich !

Hiermit kündigen wir Ihr Arbeitsverhältnis
zu uns mit Wirkung vom

31. Dezember 1950
aus innerdienstlichen Gründen.

Wir haben einen so späten Kündigungstermin
im Hinblick auf Ihre lange Mitarbeit innerhalb der
Kampfgruppe gewählt und hoffen, dass Sie bis dahin
Gelegenheit finden, eine neue Arbeit anzutreten.
Gleichzeitig beurlauben wir Sie bis zum 31.12.50.

Die Ihnen zustehenden Bezüge gehen Ihnen
jeweils zum Monatsende an Ihre Berliner Adresse zu.

Zum Jahresende wird Ihnen ausserdem ein Ent-
lassungszeugnis ausgefertigt werden, das Ihre Ver-
dienste und Ihren Fleiss innerhalb der Kampfgruppe
gebührend würdigen wird.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kün-
digung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt,
Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses
erfolgt.

Eingang:
13285
14. DEZ 1950
H. Tillich
9 Bl. Anlage B.

An das
Arbeitsgericht Berlin
B e r l i n

Betrifft: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht gegen die ungerechtfertigte Entlassung durch die Kampfgruppe gegen Ummenschlichkeit, Berlin Nikolassee, Ernst Ritzstr. 2.

Vorgang: Ohne.

Anlagen: Blatt

Ich erhebe hiermit vor dem Arbeitsgericht Klage gegen die Kampfgruppe gegen Ummenschlichkeit, Berlin-Nikolassee, wegen ungerechtfertigter Entlassung und Zurückhaltung meines mir zustehenden Lohnes.

Zur Erklärung folgendes:

Ich wurde am 18.2.1950 als Angestellter bei der Kampfgruppe gegen Ummenschlichkeit in Berlin Nikolassee eingestellt. Am 1.3.50 wurde ich Hauptsachbearbeiter für den Flüchtlingsdienst der K.g.U. und leitete selbständig diese Abteilung. In diese Abteilung unterstanden mir vier Sachbearbeiter und vier Sekretärinnen. Ich hatte Unterschriftsbefugnis und wurde nach TO A IV besoldet.

Am 18.9.1950 bin ich von dem Geschäftsführer der KgU, Tillich, zur Disposition gestellt worden. Die Gründe, die ihn zu dieser Massnahme veranlassten bitte ich aus den in Abschrift beigelegten Berichten vom 22.9.50 und 24.9.50 zu ersehen.

Die von Tillich gegen mich erhobenen Vorwürfe habe ich widerlegt. ~~Tillich~~ hat keinerlei Beweise für seine Behauptung, dass ich Agent der Amerikaner sei. Weil er nichts Konkretes hat, sondern ersich nur auf seinen Wunsch stützt, nur ihm ergebene Leute zu beschäftigen, hat er es auch zu hintertreiben verstanden, dass ich ~~nicht~~ öffentlich vor dem Betriebsrat und den Lizenzträgern der KgU zu den Anklagepunkten Stellung nehmen konnte.

4. Nov
1950

Mit Datum vom 15.10.50 ging mir am 25.10.50 folgendes Schreiben der KgU zu:

"Herrn Josef D o r e r

Berlin N 31

Usedomerstr. 6 bei Heidenreich

081

Sehr geehrter Herr Dorer!

Die Kündigung Ihrer Arbeitsverhältnisse ist am 31.10.50 gegen Unmenschlichkeit zum 31. Oktober 1950.

Eine eingehende Überprüfung Ihrer Arbeit hat eine Unzahl dienstlicher Beanstandungen ergeben, die eine weitere Mitarbeit von Ihnen ausschliessen.

Die Ihnen zustehenden Bezüge werden Ihnen zum 31.10.50 überwiesen werden.

Mit gleichem Termin geht Ihnen ein Entlassungszeugnis zu, in welchem die Verdienste und der Fleiss Ihrer Arbeit innerhalb der Kampfgruppe gebührend gewürdigt werden.

Wir machen darauf aufmerksam, dass diese Kündigung im Einvernehmen mit Herrn Dr. Hildebrandt, Herrn Dr. Birkenfeld und dem Betriebsrat des Hauses erfolgt.

gez. Ernst Tillich."

Zu dieser Kündigung und vor allem zum letzten Absatz möchte ich bemerken, dass ich von Dr. Birkenfeld eine Mitteilung vom 17.10.50 vorliegen habe aus der ersichtlich ist, dass nach seiner Meinung ich nicht ehrenrührig gehandelt habe.

Die Entlassung kann auch nicht im Sinne von Dr. Hildebrandt sein, denn Dr. Hildebrandt hat mir Gegenteiliges versichert und ist im übrigen seit 2. Oktober 1950 in USA.

Der Betriebsrat der KgU hat mir mit Schreiben vom 27.9.50 mitgeteilt, dass er mir bald einen konkreten Bescheid zukommen lassen würde, *der mich ausstellt*.

Ich erhebe gegen die Entlassung Einspruch aus allen rechtlichen Gründen.

Die Begründung des Kündigungsschreibens kann nicht zutreffen, denn Tillich hat mir noch am 18. und 19.9.50 versichert, dass er einen besseren und fleissigeren Hauptsachbearbeiter für den Flüchtlingsdienst der KgU garnicht finden könne.

Die Vorwürfe Tillichs weise ich entschieden zurück. Ich habe niemals nur einen Pfennig für meine Zusammenarbeit mit den Amerikanern in Berlin bekommen und habe nur auf ausdrückliches

U. H. H.

zusammengearbeitet, weil ich der Überzeugung bin, dass die Amerikaner fast die Einzigen sind, die uns Deutschen ~~imxk~~ zum Schutz vor dem Bolschewismus die notwendige Hilfe gewähren können.

Ich bitte das Arbeitsgericht meine finanziellen und sonstigen Interessen wahrzunehmen, auch ich nicht juristisch geschult bin. Meine finanziellen Forderungen setzen sich wie folgt zusammen:

1. Monat September 1950: TOA Gr. IV

Gehalt:	Dm 287,39
Härtegeld	" 62,61
Verpflegungsgeld	" 70,--

ausbezahlt.) DM 420,-- (Dieser Betrag wurde Die Verpflegungskosten betrugen, wie ich nachgewiesen habe, nicht 70,- DM sondern DM 127,50. Die Differenz beträgt DM 57

Diese Differenz ist dadurch entstanden, dass ich seit 18.9.50 nicht mehr Kost, Verpflegung und Wohnung in der KgU hatte, wogegen jedoch mein Lohn sich einschließlich Kost, Verpflegung und Wohnung verstand.

2. Für Oktober habe ich mein Gehalt noch nicht erhalten, trotzdem es mir bereits zum 31.10.50 angekündigt wurde.
3. Die Kündigung erfolgte mit Datum vom 15.10.50 - Erhalt am 25. mit Wirkung vom 31.10.50.
Ich bin der Überzeugung, dass dies nicht zulässig ist und sich die KgU auch an die vierteljährliche Kündigung halten muss.
4. Meine Arbeitspapiere, die mir zum 31.10.50 in Aussicht gestellt wurden habe ich bis heute noch nicht erhalten. Ohne diese kann ich mich nicht um Arbeit umsehen oder eine Arbeit annehmen.
5. Meine Familie ist durch die Zurückhaltung des Lohnes für Oktober und des Restlohnes für September in finanzielle Not geraten.

Ich bitte nochmals um Wahrung der mir zustehenden auch noch nicht obenangeführten Rechte aus meinem Beschäftigungsverhältnis.

Hochachtungsvoll:

P.S: Post bitte ich mir, wenn ich auch z.Zt. in Westdeutschland bin, unter obiger Anschrift zukommen zu lassen; sie wird von dort an mich weitergeleitet.

Für die Richtigkeit
der Abschrift:
Berlin, den 11. Aug. 1950
Verw.-Angestellter
als Urteilsbeurteiler

Usedomerstr. 6 b. Heidenreich.

083

An das
Arbeitsgericht Berlin

Betrifft: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht gegen un-
rechtfertigte Entlassung durch die Kampfgruppe gegen
Unmenschlichkeit, Berlin-Nikolassee, Ernst Ringstr. 2
Vorgang: mein Schreiben vom 14.11.50

Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 14.11.50 teile ich hier-
durch mit, dass mir inzwischen das als Oktober-Gehalt DM 287,39
zugegangen sind. Nicht gezahlt wurden mir die mir aus Sept. 1950
noch zustehenden DM 57,50, das Härte-Geld für Oktober in Höhe
von DM 62,61 und das Verpflegungsgeld in der Mindesthöhe von DM 7

Meine Arbeitspapiere habe ich bisher noch nicht erhalten.

Ich bin nunmehr bereit die Kündigung anzunehmen, jedoch
nicht zum 31.10.50 sondern zum 31. Dez. 1950, wenn mir der obige
Gesamtbetrag von DM 190,11 sowie die mir für November und Dezem-
ber zustehenden Gehälter in der Gesamthöhe von DM 840,- gezahlt
werden. Meine Gesamtforderung beläuft sich also auf DM 1030,11.

Sollte die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit mit der Zahlung
dieser Gesamtsumme nicht einverstanden sein, dann halte ich meine
Klage wegen ungerechtfertigter Kündigung aufrecht.

Hochachtungsvoll!

4 AB 693/57.

084

D o r e r Josef

Gruppe IV

DM 358,--

Lohnsteuer DM 27,05

Kirch.Steuer" 2,26

VAB " 36,--

Notopfer " 5,30

" 70,61

DM 70,61

Oktober

DM 287,39

" 68,61

Verpflegungsg.

DM 350,--

" 70,--

DM 420,--

Die Geschäftsstelle des Arbeitsgerichts
von Groß-Berlin

Berlin-Charlottenburg 2, den 11. Dez. 50
Hardenbergstraße 31
Fernsprecher: 32 50 41-45

Geschäftsnummer anzugeben

Geschäftsnummer:

4 Arb. 693/50

An

d. Kampfgruppe gegen
Unmenschlichkeit

in

Ladung

In dem Rechtsstreit

Dorer :/ Kampfgruppe gegen Menschlichkeit

— werden Sie auf die in beglaubigter Abschrift beigefügte, bei Gericht am 29.11.50

eingegangene Klageschrift vom

14.11.50

auf Anordnung des Arbeitsgerichts zur mündlichen Verhandlung des Rechtsstreits auf

den 21. Dezember 1950 um 10.45 Uhr

vor das Arbeitsgericht

— in Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstraße 31, Bahnhof Zoo —
Hptr. Stockwerk — Zimmer Nr. 130 geladen.

Es findet — zunächst — eine — Güte — Verhandlung vor — dem Vorsitzenden —
der Kammer — statt. Es ist jedoch in Aussicht genommen, bei Scheitern
der Güteverhandlung unter Hinzuziehung der Beisitzer weiter zu ver-
handeln.)

Wenn Sie nicht erscheinen und sich auch nicht durch eine mit schriftlicher
Vollmacht versehene volljährige Person vertreten lassen, kann auf Antrag Versäum-
nisurteil gegen Sie erlassen werden.

Prozessbevollmächtigte oder Beistände sind zugelassen. Personen, die die Besorgung
fremder Rechtsangelegenheiten vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, sind als Prozeß-
bevollmächtigte oder Beistände ausgeschlossen.

Es empfiehlt sich, Verträge, Lohnlisten, [Schriftwechsel oder sonstige Urkunden,
soweit sie für den Rechtsstreit von Bedeutung sein könnten, mitzubringen oder vorher
einzureichen.

Schriftsätze sind stets in zwei Stücken einzureichen.

Anlage: 1 begl. Kl. Ab.

*) Der letzte Satz dieses Absatzes ist zu streichen:
1. bei der Festsetzung: „Es findet eine Verhandlung vor der Kammer“ statt.
2. wenn die Verhandlung vor der Kammer nicht in Aussicht genommen ist.

Arb. 318 Din A 510 000 3. 50. Wilhelm Kluge, Buchdruckerei, Berlin N 31

Perw.-Angestellte

CHARL

He

An die Berlin

Kampfgruppe gegen
Unmenschlichkeit

Arbeitsgericht von Groß-Berlin
Berlin-Charlottenburg 2

Hardenbergstraße 81
Telefon: 82 60 41 - 48

4 Arb. 693/50

Berlin - Nikolassee

Ernst Ringstr. 2

Erel

Zustellungsurkunde
Vereinfachte Zustellung

Handwritten signature

Eingang:

Usedomerstr. 6 bei Heidenreich

13347

15. DEZ

H. Tiller

D.

13. DEZ 1950

An das

Arbeitsgericht von Gross-Berlin

Berlin-Charlottenburg

Spandauerbergstr. 21

Betrifft: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht wegen ungerechtfertigter Entlassung durch die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit.

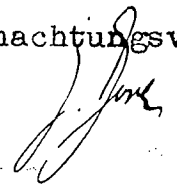
Vorgang: Dort. Schreiben vom 21.11.50⁴ Arb. 693/50 KgU; meine Schreiben vom 14.11.50, 27.11.50 und 5.12.50.

In meinen obigen Schreiben habe ich übersehen, noch folgendes anzugeben:

"Am 22.9.50, um 10 Uhr, drohte mir T i l l i c h in brüllenden Tone, er wolle mich der amerikanischen Militärpolizei übergeben."

Ich sah in dieser Drohung mit der Gewalt der M.P. einen echten Akt der Unmenschlichkeit mit dem Ziele mich zu veranlassen freiwillig meine Stellung in der KgU aufzugeben.

Hochachtungsvoll!!!



Aktennotiz

Mit Herrn Martini(KgU) wurde der Arbeitsgerichtsprozess Dorer, Termin 21.12., 10,45 Uhr vor dem Arbeitsgericht Berlin, Zimmer 120 an Hand der Klage und der zugehörigen Akten besprochen.

Es wurde dabei festgestellt, dass der voraussichtliche Verlauf eines Prozesses der ist, dass das Gericht prüfen wird, ob der monatliche Nebenanspruch als festgelegt war, also als feststehend war. Es wurde auch die Kündigung vom 23.10.1950 ihre Wirkung zum 31.10.1950 hatte.

Es ist anzunehmen, dass die Vereinbarung des Gehalt mit Nebenansprüchen als festgestellt angesehen werden wird.

Hinsichtlich der Kündigung ist zu bemerken, dass diese voraussichtlich zum 30.11.1950 Wirkung hatte, da sie mit Zugang vom 23.10.1950 zum Ende dieses Monats wegen Nichtberücksichtigung der Kündigungsfrist nicht mehr wirken konnte.

Die Frage, ob eine fristlose Kündigung wegen dienstlicher Verfehlungen mindestens zum 31.Oktober 1950 oder sogar früher Wirkung gehabt hätte, kann ungeprüft bleiben, weil sie im ~~Brief~~ Kündigungsbrief nicht ausgesprochen wurde.

Infolgedessen werden wahrscheinlich die dienstlichen Verfehlungen überhaupt nicht zur Sprache kommen, weil nämlich eine Begründung einer normalen vertraglichen Kündigung nicht vorgeschrieben ist, daher auch ununtersucht bleibt.

Ich habe deshalb vorgeschlagen, mit dem Kläger bzw. seiner Bevollmächtigten schnellstens einen Vergleich abzuschliessen auf das Novembergehalt mit Nebenansprüchen und zu diesem Zweck eine Einladung an ihn geschickt.

Die Verteidigung gegenüber der Klage mit der mangelnden Rechtspersönlichkeit der Beklagten halte ich für wirkungslos, weil das Gericht eine Rubrumsänderung sofort zulassen wird. Die Änderung würde dann so aussehen, dass Herr Dr.Hildebrandt oder Herr Tillich oder beide zusammen persönlich verklagt werden würden. Es wäre aber recht ungeschickt, wenn mit einer solchen Verteidigung dieses negative Ergebnis lediglich erreicht werden könnte, ohne den Klaganspruch selbst dadurch zu gefährden.

Berlin, den 15.Dezember 1950



(Dr.Georg Egberts)
Rechtsanwalt.

Berlin, den 15. Dezember 1950

Herrn
Josef Dorer
n. Adr. Fräulein Ruth Heidenreich

Berlin 91 12 1950

Usedomerstrasse 6

Betr.: Arbeitsgerichtsprozess

Sehr geehrter Herr Dorer!

Die KGU legte mir Ihre Klage mit Terminbestimmung zur Durchsicht vor und gab mir einige Informationen mit dazugehörigen Aktenmaterial. Nach Prüfung der Sach- und Rechtslage schlage ich Ihnen eine Erörterung der Angelegenheit vor dem Verhandlungstermin in meinem Büro vor. Sollten Sie selbst zu dieser Konferenz bei mir nicht erscheinen können, so könnte an Ihrer Stelle Fräulein Reich, die mich kennt, kommen. Ich hoffe, mit Ihnen zu einem Ausgleich vor dem Termin zu kommen, wobei ich selbstverständlich von der objektiven Lage bei meiner Beurteilung ausgehe.

Als Termine zur Verhandlung in meinem Büro schlage ich Ihnen vor Montag, den 18. oder Dienstag, den 19.12.1950 jeweils 15 Uhr nachmittags. Ich bitte Sie, mein Büro 916317 oder meine Wohnung 843358 fernmündlich zu verständigen.

Hochachtungsvoll

gez. Dr. Egberts

Rechtsanwalt.

090

Absprache über den Termin Dorer/ K g u
10,00 Uhr b. Dr. Egberts am Mittwoch, 20.12.

mitbringen:

Unterzeichnete Vollmacht

TOA

Durchschlag des Anstellungsschreibens

evtl. auch Abzug der "Verpflichtungserklärung"

Freigabe Zeit

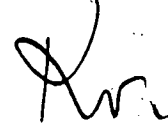
Arbeitszeugnis

Geschäftsbriefe

Grundbesitz

Dorger

19.12.



Prozessvollmacht

Wir bevollmächtigen hiermit in Sachen
Dorer gegen Kampfgruppe gegen Unmenschlich-
keit

Herrn Adolf Hellwig, geb. 27.5.1893

wohnh. Berlin SW 61, Urbanstr. 171

zu unserer Vertretung vor dem Arbeitsgericht
von Gross-Berlin.

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit

12. 20
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit Berlin, den 20. Dezember 1950
Berlin-Nikolassee
Ernst Ring Strasse 2

Dorer

gegen

Kampfgruppe

4 Arb. 693.50

Schriftsatz für die Beklagte:

Es wird beantragt,

kostenpflichtige Klageabweisung, evtl.
 Hinterlegungsbefugnis.

Es muss zunächst der Sachverhalt klargestellt werden.

Die Beklagte ist ein nichteingetragener Verein inwieweit also sie verklagt werden kann, oder an ihrer Stelle alle Mitglieder oder die handelnden Mitglieder zu verklagen wären, soll in diesem Augenblick zunächst ununtersucht bleiben, da sie annimmt, dass der Kläger auf Grund der nachstehenden Darlegungen seine übersteigerten Ansprüche so herabsetzt, dass ein Vergleich geschlossen werden könnte. Anstelle des verlangten Betrages von ca. 1000.-- DM hat nämlich der Kläger wahrscheinlich noch nicht einmal 100.-- DM, allerhöchstensfalls aber etwa 400.-- DM zu beanspruchen. Somit könnte sich normalerweise eine Vergleichsüberlegung zwischen 100.-- und 400.-- DM bewegen, aber nicht darüber hinaus.

Es ist richtig, dass der Kläger am 18.2.1950 mit der Beklagten einen mündlichen Arbeitsvertrag schloss. Dieser Arbeitsvertrag erhielt eine Schriftform durch eine von beiden Parteien unterzeichnete Urkunde folgenden Wortlaute:

An das
 Arbeitsgericht
Berlin-Charlottenburg

" 1.3.1950 Kampfgruppe an Dorer.
 Unter dem Vorbehalt der Genehmigung des Arbeitsamtes erklären wir uns hiermit bereit, Sie ab 1. März 1950 als Sachbearbeiter der KGU zu beschäftigen. -- Als Entgelt für Ihre Tätigkeit bieten wir Ihnen einen Monatsgehalt von 350.-- DM-W. Für den Fall Ihres Eintritts gilt beiderseits eine Kündigungsfrist von einer

- 2 -

Monat und zwar von ultimo eines Monats zu ultimo des nächsten Monats.

gez. ~~Rust~~ Dorer

gez. i. V. Dr. Hoffmann. "

Am 31. Mai 1950 erhielten alle Angestellten der KgU, darunter auch der Kläger folgendes Schreiben:

" Wegen organisatorischer und finanzieller Überforderung kündigen wir formell den bisher mit Ihnen geschlossenen Vertrag zum 30.6.1950. Diese Massnahme erfolgt im Einvernehmen mit dem Betriebsrat.

Erhalten 1.6.1950

gez. Dorer

gez. i. V. Tillich "

Zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses erhielt der Kläger am 19. Juli 1950 folgenden Brief der Beklagten:

" Aufgrund einer eingehenden Überprüfung der finanziellen und arbeitsmässigen Verhältnisse der KgU schlagen wir Ihnen ein Vertragsverhältnis vor, dass Ihre Bezüge nach der TOA Gruppe IV regelt. Die Kündigung und Urlaubsregelung versteht sich ebenfalls nach den Vorschriften der TOA. -- Wir stellen Ihnen in den nächsten Tagen auf dieser Grundlage einen Vertrag mit genauer Gehaltsangabe zu mit der Bitte um Unterschrift.

gez. KgU. "

Wenige Tage später erhielt der Kläger ein Formular der Beklagten, worin diese die ihm zustehenden Barbezüge zahlenmässig genau mitteilt. Dieses Formular wird mit diesem Schriftsatz dem Gericht vorgelegt, d.h. eine Abschrift, die mit der Urschrift übereinstimmt.

Hiernach hatte er zu beziehen monatlich 358.-- DM-W brutto. Die Abzüge ergaben sich auch aus dem Formular, so dass er netto zu bekommen hatte 287.39 DM-W, wie er es auch auf Seite 3 der Klage selbst darlegt. Dieser Gehaltsbetrag war der Vergütungstafel der TOA für verheiratete Angestellte nach seinen Lebensjahren entnommen. Es entsprach also den vertraglichen und gesetzlichen Vorschriften.

Ueber die vom Kläger in Anspruch genommenen Nebengebühren (Härtegeld, Verpflegungsgeld) ist folgendes zu sagen:

a) Härtegeld: Dieser Betrag ist nicht Gegenstand des Gehaltsvertrages. Er floss vielmehr aus Mitteln eines Fonds, den eine Wohltätigkeitsorganisation der Beklagten für ihre Angestellten monatlich widerruflich zur Verfügung stellte. Ursprünglich hatte diese Wohltätigkeitsorganisation Lebensmittel, so wie sie in Care-Paketen vorkommen, zur Verfügung gestellt, später aber diese Naturalleistung durch Bargeldleistung ersetzt. Der Kläger nahm also als Angestellter der Beklagten an dieser Wohltat teil, ohne dadurch einen vertraglichen Gehaltsanspruch zu erwerben. Der Beklagten war diese Regelung recht, weil sie dadurch den Unterschied zwischen 350.-- Nettoauszahlungssumme und 287.39 DM Nettoauszahlungssumme zu Gunsten des Klägers beseitigen konnte. Dieses Härtegeld ist also nicht nur ausservertraglich und widerruflich und von Dritter Seite fliessend, sondern

- 3 -

auch nur für den Fall gedacht, dass ein Mitarbeiter bei der Beklagten tatsächlich tätig ist, nicht also im Falle der Beurlaubung, Abwesenheit oder dergl. Es ist in den Beziehungen zwischen den Parteien eine Erscheinung tatsächlichen aber nicht rechtlichen Charakters.

Verpflegungsgeld: In den schriftlichen Unterlagen lässt sich darüber nichts. Es kam dazu, dass der Kläger in das Haus der Beklagten aufgenommen wurde, weil er keine Unterkunft hatte. Ausser ihm wohnte noch Dr. Hildebrandt und ein weiterer Sachbearbeiter ebenfalls dort. Jeder in einem bescheidenen Raum bzw. in seinem Arbeitszimmer. Es wohnt ferner im Hause eine ältere Frau namens Runge, die schon vom Vorgänger her dort wohnt und Dr. Hildebrandt als Haushälterin betreut. Da nun der Kläger auch im Hause nächtigte, besorgte Frau Runge für ihn Frühstück und Abendbrot, wofür der Kläger nichts zahlte. Hingegen zahlte die Kasse der Beklagten an Frau Runge hierfür monatlich 70.-- DM, wofür Frau Runge diese Verpflegungsleistungen machte. Es ist anzunehmen, dass Dr. Hildebrandt dies veranlasste. Es ist aber nicht anzunehmen, dass damit ein vertraglicher Anspruch des Klägers entstehen sollte. Seine Unterbringung im Hause hatte vielmehr nur den Sinn, ihm die fehlende Unterkunft zu ersetzen und ihm die Möglichkeit zu gewähren, ohne besonderen Aufwand von Zeit und Arbeit stets in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu sein. Dies kann also niemals als Teil des Arbeitsvertrages angesehen werden, gilt aber mindestens für den Fall nicht mehr, wenn er sich nicht mehr im Hause befindet.

So betrachtet, steht also dem Kläger ab 19. Juli 1950 das Gehalt zu, welches auf dem Formular ausgerechnet ist, welches dem Gericht vorgelegt wurde, nämlich

monatlich 287.39 DM-netto.

Der Kläger trägt vor, er habe dieses Gehalt bis Ende Oktober 1950 bekommen. Die Beklagte erklärt, der Kläger habe darüber hinaus keine weiteren Ansprüche, wegen fristgerechter Kündigung.

Der Vorgang vom 22. September 1950, den der Kläger selbst als Auseinandersetzungsunterredung mit dem Leiter der Beklagten, Tillich, schildert, ist die eindeutige Erklärung einer Kündigung. Man kann sie als Kündigung aus wichtigem Grunde ohne Einhaltung einer Frist betrachten, dann wäre der wichtige Grund zu belegen. Die Beklagte will aber hiervon Abstand nehmen und diese Erklärung ihres Leiters Tillich als Kündigung zum nächstzulässigen Termin betrachten. Dafür ist nunmehr die entsprechende Vorschrift der TOA von 1949 heranzuziehen. Dort heisst es in § 16:

§ 16. Kündigung

Die Kündigungsfrist beträgt bei einem Dienstverhältnis auf unbestimmte Zeit für beide Teile während der ersten vier Monate der Beschäftigung zwei Wochen zum Monatschluss. Nach Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Frist von vier Monaten beträgt die Kündigungsfrist einen Monat zum Monatschluss, wenn eine Dienstzeit von einem Jahr vollendet ist

Die Dienstvertragsregelung nach den Vorschriften der TOA galt für die Parteien seit dem 19. Juli 1950. Somit befanden sich beide noch in den ersten vier Monaten der Beschäftigung, so dass eine Abkündi-

Wollte man dem Kläger zugute rechnen, dass er schon länger als vier Monate im Dienstverhältnis stand, so hätte die Zeit von einem Monatsabschluss bis zum 28.9.46 als 1. Oktober 46 gerechnet.

Dieses Kündigungsschreiben kann eine Wiederholung der Kündigungs-
erklärung vom 22. September 1950 bedeuten und so fasst es auch die
Beklagte auf.

So betrachtet, kann von einer Gehaltszahlung für den Dezember 1950 überhaupt nicht gesprochen werden.

Abchrift anbei.

For Williams,
J. Williams

Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit Berlin, den 20. Dezember 1950
Berlin-Nikolassee
Ernst Ring Strasse 2

Betr.:

Dorer

gegen

Kampfgruppe

4 Arb. 693.50

Schriftsatz für die Beklagte:

Es wird beantragt,

kostenpflichtige Klageabweisung, evtl.
Hinterlegungsbefugnis.

Es muss zunächst der Sachverhalt klargestellt
werden.

Die Beklagte ist ein nichteingetragener Verein.
Inwieweit also sie verklagt werden kann, oder
an ihrer Stelle alle Mitglieder oder die
handelnden Mitglieder zu verklagen wären,
soll in diesem Augenblick zunächst ununtersucht
bleiben, da sie annimmt, dass der Kläger
auf Grund der nachstehenden Darlegungen seine
übersteigerten Ansprüche so herabsetzt, dass
ein Vergleich geschlossen werden könnte.
Anstelle des verlangten Betrages von ca. 1000.
DM hat nämlich der Kläger wahrscheinlich noch
nicht einmal 100.-- DM, allerhöchstensfalls
aber etwa 400.-- DM zu beanspruchen. Somit
könnte sich normalerweise eine Vergleichsüber-
legung zwischen 100.- und 400.-- DM bewegen,
aber nicht darüber hinaus.

Es ist richtig, dass der Kläger am 18.2.1950
mit der Beklagten einen mündlichen Arbeits-
vertrag schloss. Dieser Arbeitsvertrag er-
hielt eine Schriftform durch eine von beiden
Parteien unterzeichnete Urkunde folgenden
Wortlauts:

An das
Arbeitsgericht
Berlin-Charlottenburg

" 1.3.1950 Kampfgruppe an Dorer.
Unter dem Vorbehalt der Genehmigung des
Arbeitsamtes erklären wir uns hiermit
bereit, Sie ab 1. März 1950 als Sachbe-
arbeiter der EGU zu beschäftigen.- Als
Entgelt für Ihre Tätigkeit bieten wir
Ihnen einen Monatsgehalt von 350.-- DM-W.
Für den Fall Ihres Eintritts gilt
beiderseits eine Kündigungsfrist von ein-

- 2 -

Monat und zwar von ultimo eines Monats zu ultimo des nächsten Monats.

gez. Ernst Dorer

gez. i. V. Dr. Hoffmann. "

Am 31. Mai 1950 erhielten alle Angestellten der KGU, darunter auch
folgendes Schreiben:

" Wegen organisatorischer und finanzieller Umstellungen kündigen wir formell den bisher mit Ihnen geschlossenen Vertrag zum 30.6.1950. Diese Massnahme erfolgt im Einvernehmen mit dem Betriebsrat.

Erhalten 1.6.1950

gez. Dorer

gez. i. V. Tillich "

Zur Fortsetzung des Arbeitsverhältnisses erhielt der Kläger am 19. Juli 1950 folgenden Brief der Beklagten:

" Aufgrund einer eingehenden Überprüfung der finanziellen und arbeitsmässiger Verhältnisse der KGU schlagen wir Ihnen ein Vertragsverhältnis vor, dass Ihre Bezüge nach der TOA Gruppe IV regelt. Die Kündigung und Urlaubsregelung versteht sich ebenfalls nach den Vorschriften der TOA. -- Wir stellen Ihnen in den nächsten Tagen auf dieser Grundlage einen Vertrag mit genauer Gehaltsangabe zu mit der Bitte um Unterschrift.

gez. KGU."

Wenige Tage später erhielt der Kläger ein Formular der Beklagten, worin diese die ihm ausstehenden Barbezüge zahlenmässig genau mitteilt. Dieses Formular wird mit diesem Schriftsatz dem Gericht vorgelegt, d.h. eine Abschrift, die mit der Urschrift übereinstimmt.

Hiernach hatte er zu beziehen monatlich 358.72 DM-- brutto. Die Abzüge ergaben sich auch aus dem Formular, so dass er netto zu bekommen hatte 287.39 DM--W, wie er es auch auf Seite 3 der Klage selbst darlegt. Dieser Gehaltsbetrag war der Vergütungstafel der TOA für verheiratete Angestellte nach seinen Lebensjahren entnommen. Es entsprach also den vertraglichen und gesetzlichen Vorschriften.

Ueber die vom Kläger in Anspruch genommenen Nebengebühren (Härtegeld, Pflegegeld) ist folgendes zu sagen:

a) Härtegeld: Dieser Betrag ist nicht Gegenstand des Gehaltsvertrages. Er floss vielmehr aus Mitteln eines Fonds, den eine Wohltätigkeitsorganisation der Beklagten für ihre Angestellten monatlich widerruflich zur Verfügung stellte. Ursprünglich hatte diese Wohltätigkeitsorganisation Lebensmittel, so wie sie in Caro-Paketen vorkommen, zur Verfügung gestellt, später aber diese Naturalleistung durch Bargeldleistung ersetzt. Der Kläger nahm also als Angestellter der Beklagten an dieser Wohltat teil, ohne dadurch einen vertraglichen Gehaltsanspruch zu erwerben. Der Beklagten war diese Regelung recht, weil sie dadurch den Unterschied zwischen 350.-- Nettoauszahlungssumme und 287.39 DM Nettoauszahlungssumme zu Gunsten des Klägers beseitigen konnte. Dieses Härtegeld ist also nicht nur ausserver-

... und von dritter Seite fliessend, sondern

auch nur für den Fall gedacht, dass ein Mitarbeiter bei der Beklagten tatsächlich tätig ist, nicht also im Falle der Beurlaubung, Abwesenheit oder dergl. Es ist in den Beziehungen zwischen den Parteien eine Erscheinung tatsächlichen aber nicht rechtlichen Charakters.

Der Kläger hat sich schriftlich mitgeteilt, dass er sich darüber nichts. Es kam dazu, dass der Kläger in das Haus der Beklagten aufgenommen wurde, weil er keine Unterkunft hatte. Ausser ihm wohnte noch Dr. Hildebrandt und ein weiterer Sachbearbeiter ebenfalls dort. Jeder in einem bescheidenen Raum bzw. in seinem Arbeitszimmer. Es wohnt ferner im Hause eine ältere Frau namens Runge, die schon von Vorgänger her dort wohnt und Dr. Hildebrandt als Haushälterin betreut. Da nun der Kläger auch im Hause nächtigte, besorgte Frau Runge für ihn Frühstück und Abendbrot, wofür der Kläger nichts zahlte. Hingegen zahlte die Besse der Beklagten an Frau Runge hierfür monatlich 70.— RM, wofür Frau Runge diese Verpflegungsleistungen machte. Es ist anzunehmen, dass Dr. Hildebrandt dies veranlasste. Es ist aber nicht anzunehmen, dass damit ein vertraglicher Anspruch des Klägers entstehen sollte. Seine Unterbringung im Hause hatte vielmehr nur den Sinn, ihm die fehlende Unterkunft zu ersetzen und ihm die Möglichkeit zu gewähren, ohne besonderen Aufwand von Zeit und Arbeit stets in der Nähe seines Arbeitsplatzes zu sein. Dies kann also niemals als Teil des Arbeitsvertrages angesehen werden, gilt aber mindestens für den Fall nicht mehr, wenn er sich nicht mehr im Hause befindet.

So betrachtet, steht also dem Kläger ab 19. Juli 1950 das Gehalt zu, welches auf dem Formular ausgerechnet ist, welches dem Gericht vorgelegt wurde, nämlich

monatlich 237.59 RM-netto.

Der Kläger trägt vor, er habe diesen Gehalt bis Ende Oktober 1950 bekommen. Die Beklagte erklärt, der Kläger habe darüber hinaus keine weiteren Ansprüche, wegen ausgereicherter Abrechnung.

Der Vorgang vom 22. September 1950, den der Kläger selbst als Auseinandersetzungsunterredung mit dem Leiter der Beklagten, Tillich, schildert, ist die eindeutige Erklärung einer Kündigung. Man kann sie als Kündigung aus wichtigem Grunde ohne Einhaltung einer Frist betrachten, dann wäre der wichtige Grund zu belegen. Die Beklagte will aber hiervon Abstand nehmen und diese Erklärung ihres Leiters Tillich als Kündigung zum nächstzulässigen Termin betrachten. Dafür ist nunmehr die entsprechende Vorschrift der TGA von 1949 heranzuziehen. Dort heisst es in § 18:

§ 18. Kündigung

Die Kündigungsfrist beträgt bei einem Dienstverhältnis auf unbestimmte Zeit für beide Teile während der ersten vier Monate der Beschäftigung zwei Wochen zum Monatschluss. Nach Ablauf der im Absatz 1 bezeichneten Frist von vier Monaten beträgt die Kündigungsfrist einen Monat zum Monatschluss, wenn eine Dienstzeit von einem Jahr vollendet ist.

Die Dienstvertragsregelung nach den Vorschriften der TGA galt für die Parteien seit dem 19. Juli 1950. Somit befanden sich beide noch

frist von zwei Wochen zum Monatsende in Frage kam und durch den Vorgang vom 22. September 1950 der Vertrag zum Ende Oktober 1950 beendet war.

Wollte man dem Kläger zugute rechnen, dass er schon länger als vier Monate im Dienstverhältnis stand, so hätte die Zeit von einem Monat zum Monatsabschluss, also vom 22.9. bis zum 31. Oktober auch zugerechnet.

Zu prüfen ist jetzt noch der Rechtscharakter des Kündigungsschreibens vom 15. Oktober 1950, welches dem Kläger am 25. Oktober 1950 zuging.

Dieses Kündigungsschreiben kann eine Wiederholung der Kündigungserklärung vom 22. September 1950 bedeuten und so fasst es auch die Beklagte auf.

Wollte man der Meinung des Klägers folgen, dies Schreiben sei überhaupt die erste Kündigungserklärung, dann würde diese Kündigung gemäss § 16 TCA zum 30. November 1950 wirken und der Kläger hätte dann noch einmal ein Monatsgehalt von netto 287.30 DM-M zu bekommen also ohne die Nebenleistungen, die ihm auf keinen Fall zustehen.

So betrachtet, kann von einer Gehaltszahlung für den Dezember 1950 überhaupt nicht gesprochen werden.

Wenn also die Beklagte eingangs sagte, zu einem Vergleich bereit zu sein, so kann sich eine solche Vergleichssumme im Rahmen des Novembergehaltes bei Nettoauszahlung bewegen. Angesichts der zahlreichen Streitfragen und rechtlichen Bedenken, die dem Anspruch des Klägers entgegenzuhalten sind, müsste ein Vergleich durch gegenseitiges Nachgeben über diesen Betrag zustande kommen können.

Abschrift anbei.

In der Streitsache D o r e r gegen Kampfgruppe habe ich namens der Kampfgruppe den Vergleichstermin am 21.12 vor dem Arbeitsgericht wahrgenommen.

Für den Kläger war Fräulein R e i c h erschienen, die jedoch nicht bevollmächtigt war, sodass nicht verhandelt werden und ihr auch nicht die Abschrift des von der Kampfgruppe dem Gericht vorgelegten Schriftsatzes ausgehändigt werden konnte. Nach Postvollmacht der Herr Dorer, die waren ausser der Richter und Protokollführerin nur Fräulein Reich und ich anwesend, erklärte die verhandlungsführende Richter, dass sie auf Grund von Kontrollratsbestimmungen verpflichtet sei, die Verhandlung zu vertagen, gegebenenfalls das Verfahren einzustellen da anzunehmen sei, dass in dem Verfahren Belange der amerikanischen Besatzungsmacht berührt werden, und darum zur Fortsetzung des Prozesses die Zustimmung der betreffenden Besatzungsmacht noch eingeholt werden müsse.

Namens der Beklagten erklärte ich zu Protokoll, dass die Kampfgruppe grundsätzlich zu einer aussergerichtlichen Einigung bereit sei und entsprechende Schritte bereits unternommen habe. Dass entsprechende Verhandlung bisher zu keinem Ergebnis geführt habe, liege daran, dass die Partnerin Frl. Reich nicht legitimiert sei. Die Richter erklärte, dass ein Vergleich im Interesse der Parteien läge, sie im übrigen die Anfrage an die Besatzungsmacht zurückstellen würde bis dem Gericht eine entsprechende Mitteilung zugehe.

In einer Unterredung mit Frl. Reich erklärte ich auch dieser, dass die Kampfgruppe durchaus verhandlungsbereit sei, der Kläger seiner Klage eine falsche Richtung gegeben hätte, und er sich zweckmässig nur auf die Bestimmungen der TOA beschränken sollte. Ich liess durchblicken, dass die Kampfgruppe evtl. bereit sei, das Nittomonatsgehalt für November in Höhe von DM 287,-- zu zahlen gegen Herausgabe des noch im Besitze des Herrn Dorer befindlichen Ausweises und des Haustürschlüssels. Auf eine Frage von Frl. Reich nach dem Härteausgleich, erklärte ich dieser, dass darauf kein Anspruch bestehe, das dieses nicht Bestandteil der vertraglichen Abmachungen sei. Frl. Reich versprach, sich mit Dorer sofort in Verbindung zu setzen und uns dessen Antwort mitzuteilen. Ich stellte ihr anheim, die Antwort Herrn Dr. Egberts auch mir zu übermitteln. Die Arbeitspapiere, abgeschlossen mit Ende Oktober, die ich zur Verhandlung mitgebracht hatte, konnte ich Frl. Reich nicht aushändigen, da sie keine Empfangsvollmacht hatte. Ich erklärte ihr jedoch, dass sie zur Verfügung des Herrn Dorer stehen.

Da Frl. Reich Postvollmacht des D o r e r besitzt, empfehle ich, die Arbeitspapiere dem Frl. Reich mittels Einschreibbrief zuzusenden.

Handwritten signature

Abgegeben am 21.12.50

Bericht über die Verhandlung am 21.12. 1950

In der Streitsache D o r e r gegen Kampfgruppe habe ich namens der Kampfgruppe den Vergleichstermin am 21.12 vor dem Arbeitsgericht wahrgenommen.

Für den Kläger war Fräulein R e i c h erschienen, die jedoch nicht bevollmächtigt war, sodass nicht verhandelt werden und ihr auch nicht die Abschrift des von der Kampfgruppe dem Gericht vorgelegten Schriftsatzes ausgehändigt werden konnte. Nach Feststellung der Personalien, es waren ausser der Richterin und Protokollführerin nur Fräulein Reich und ich anwesend, erklärte die verhandlungsführende Richterin, dass sie auf Grund von Kontrollratsbestimmungen verpflichtet sei, die Verhandlung zu vertagen, gegebenenfalls das Verfahren einzustellen da anzunehmen sei, dass in dem Verfahren Belange der amerikanischen Besatzungsmacht berührt werden, und darum zur Fortsetzung des Prozesses die Zustimmung der betreffenden Besatzungsmacht noch eingeholt werden müsse.

Namens der Beklagten erklärte ich zu Protokoll, dass die Kampfgruppe grundsätzlich zu einer aussergerichtlichen Einigung bereit sei und entsprechende Schritte bereits unternommen habe. Dass entsprechende Verhandlung bisher zu keinem Ergebnis geführt habe, liege daran, dass die Partnerin Frl. Reich nicht legitimiert sei. Die Richterin erklärte, dass ein Vergleich im Interesse der Parteien läge, sie im übrigen die Anfrage an die Besatzungsmacht zurückstellen würde bis dem Gericht eine entsprechende Mitteilung zugehe.

In einer Unterredung mit Frl. Reich erklärte ich auch dieser, dass die Kampfgruppe durchaus verhandlungsbereit sei, der Kläger seiner Klage eine falsche Richtung gegeben hätte, und er sich zweckmässig nur auf die Bestimmungen der TOA beschränken sollte. Ich liess durchblicken, dass die Kampfgruppe evtl. bereit sei, das Nittomonatsgehalt für November in Höhe von DM 287.-- zu zahlen gegen Herausgabe des noch im Besitze des Herrn Dorer befindlichen Ausweises und des Haustürschlüssels. Auf eine Frage von Frl. Reich nach dem Härteausgleich, erklärte ich dieser, dass darauf kein Anspruch bestehe, das dieses nicht Bestandteil der vertraglichen Abmachungen sei. Frl. Reich versprach, sich mit Dorer sofort in Verbindung zu setzen und uns dessen Antwort mitzuteilen. Ich stellte ihr anheim, die Antwort Herrn Dr. Egberts ^{der} wie auch mir zu übermitteln. Die Arbeitspapiere, abgeschlossen mit Ende Oktober, die ich zur Verhandlung mitgebracht hatte, konnte ich Frl. Reich nicht aushändigen, da sie keine Empfangsvollmacht hatte. Ich erklärte ihr jedoch, dass sie zur Verfügung des Herrn Dorer stehen.

Da Frl. Reich Postvollmacht des D o r e r besitzt, empfehle ich, die Arbeitspapiere dem Frl. Reich mittels Einschreibbrief zuzusenden.

J. K.

Arbeitsgericht Berlin

Königsberg

13. JAN. 1951

Usedomerstr. 6 bei Heidenr

102

An das

Arbeitsgericht von Gross-Berlin - 4 Arb. 693/50 -

Berlin-Charlottenburg 2

Betrifft: Erhebung der Klage vor dem Arbeitsgericht wegen ungerechtfertigter Entlassung durch die KgU.

Vorgang: Dort. Schreiben vom 21.11.50 u. 6.12.50. ^{28.12.50} 4 Arb. 693, meine Schreiben vom 14.11.50; 27.11.50; 5.12.50; 11.12.50; 21.12.50

Anlagen: 1 Allgm. Termins-Vollmacht, 1 Durchschrift dieses Schreibens.

Zu dem Schreiben der KgU vom 20.12.50 ist folgendes zu bemerken:

1. Die KgU hat wohl übersehen zu den Gründen Stellung zu nehmen, die zu der ungerechtfertigten Entlassung geführt haben. Die Gründe habe ich mit meinem Schreiben vom 14.11.50 und den damit eingesandten Berichten vom 22.9.50 und 24.9.50 sowie mit meinem Schreiben vom 11.12.50 ausführlich dargelegt. Auf diese wichtigste Angelegenheit ist die KgU überhaupt nicht eingegangen.
2. Die Kündigung wurde mit Schreiben vom 15.10.50 - erhalten am 25.10.50 - erstmalig ausgesprochen. Bei der Auseinandersetzung vom 22.9.50 im Büro für kulturelle Hilfe ist kein Wort von Kündigung gefallen.
3. Der Leiter der KgU, Dr. Rainer Hildebrandt, hat mir am 22.9.50, nach dieser vorerwähnten Auseinandersetzung, noch versichert, dass ich lediglich vorläufig beurlaubt sei und dass die Angelegenheit durch Anrufen der Lizenzträger der KgU, was Tillich jedoch zu verhindern wusste, geklärt würde. Im übrigen ist nicht wie im Schreiben der KgU vom 20.12.50 angegeben T i l l i c h der Leiter der KgU, sondern Dr. Rainer Hildebrandt.
4. Dass auch von der KgU die Auseinandersetzung vom 22.9.50 nicht als Kündigung angesehen wurde, ergibt sich schon daraus, dass das Wort Kündigung im Schreiben vom 15.10.50 erstmals erwähnt und vorher mir gegenüber niemals ausgesprochen wurde. Im übrigen hat mir der Betriebsrat der KgU am 27.9.50 folgendes mitgeteilt, woraus sich auch ergibt, dass niemals

Josef Dore #03

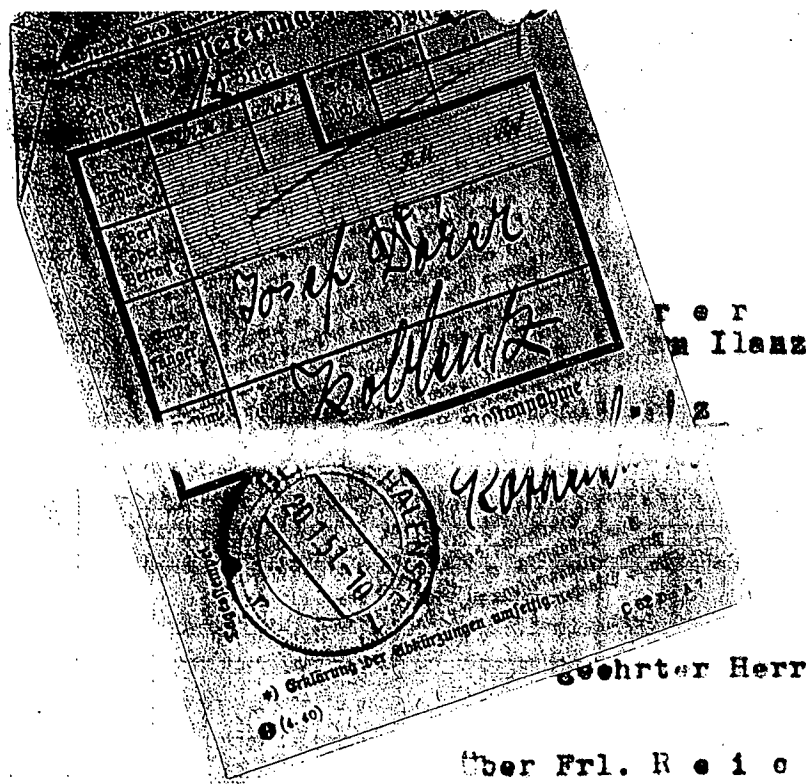
Koblenz
Post legend

ILAN 2 Ilauz

19.1.51.

Per .

106



Geehrter Herr Dorer !

Über Frä. R e i c h haben wir Ihnen im Dezember 1950 angeboten, auf dem Wege des Vergleichs das Novembergehalt für Sie nachträglich auszusahlen.

Obwohl wir bisher nichts von Ihnen gehört haben, möchten wir die Angelegenheit nunmehr erledigen und fragen an, an welche Adresse das Gehalt für November überwiesen werden soll.

Ausserdem erwarten wir die Rückgabe des KgU-Ausweises, des Hausschlüssels und evtl. anderer noch in Ihren Händen befindlicher Gegenstände der KgU.

Hochachtungsvoll !

19.1.51.

Pen.

106

Herrn
Josef D o r e r
p.Adr. Herrn Ilanz

Handwritten:
Hauptpostamt

Sehr geehrter Herr Dorer !

Über Frä. R e i c h haben wir Ihnen im Dezember 1950 angeboten, auf dem Wege des Vergleichs das Novembergehalt für Sie nachträglich auszuzahlen.

Obwohl wir bisher nichts von Ihnen gehört haben, möchten wir die Angelegenheit nunmehr erledigen und fragen an, an welche Adresse das Gehalt für November überwiesen werden soll.

Ausserdem erwarten wir die Rückgabe des KgU-Ausweises, des Hausschlüssels und evtl. anderer noch in Ihren Händen befindlicher Gegenstände der KgU.

Hochachtungsvoll !

108
Herrn
Josef D o r e r
p-Adr. Herrn Klamm

K o b l e n z

Sehr geehrter Herr Dorer !

Über Frä. R e i c h haben wir Ihnen im Dezember
1950 angeboten, auf dem Wege des Vergleichs das
Novembergehalt für Sie nachträglich ausbezahlen.

Obwohl wir bisher nichts von Ihnen gehört haben,
mühten wir die Angelegenheit nunmehr erledigen
und fragen an, an welche Adresse das Gehalt für
November überwiesen werden soll.

Außerdem erwarten wir die Rückgabe des KGU-Aus-
weises, des Hausschlüssels und evtl. anderer noch
in Ihren Händen befindlicher Gegenstände der KGU.

Hochachtungsvoll !

109

Herrn
Josef D o r e r
p-Adr. Herrn Ilanz

K o b l e n z
Hauptpostamt

Sehr geehrter Herr Dorer !

Über Frl. R e i c h haben wir Ihnen im Dezember 1950 angeboten, auf dem Wege des Vergleichs das Novembergehalt für Sie nachträglich auszuzahlen.

Obwohl wir bisher nichts von Ihnen gehört haben, möchten wir die Angelegenheit nunmehr erledigen und fragen an, an welche Adresse das Gehalt für November überwiesen werden soll.

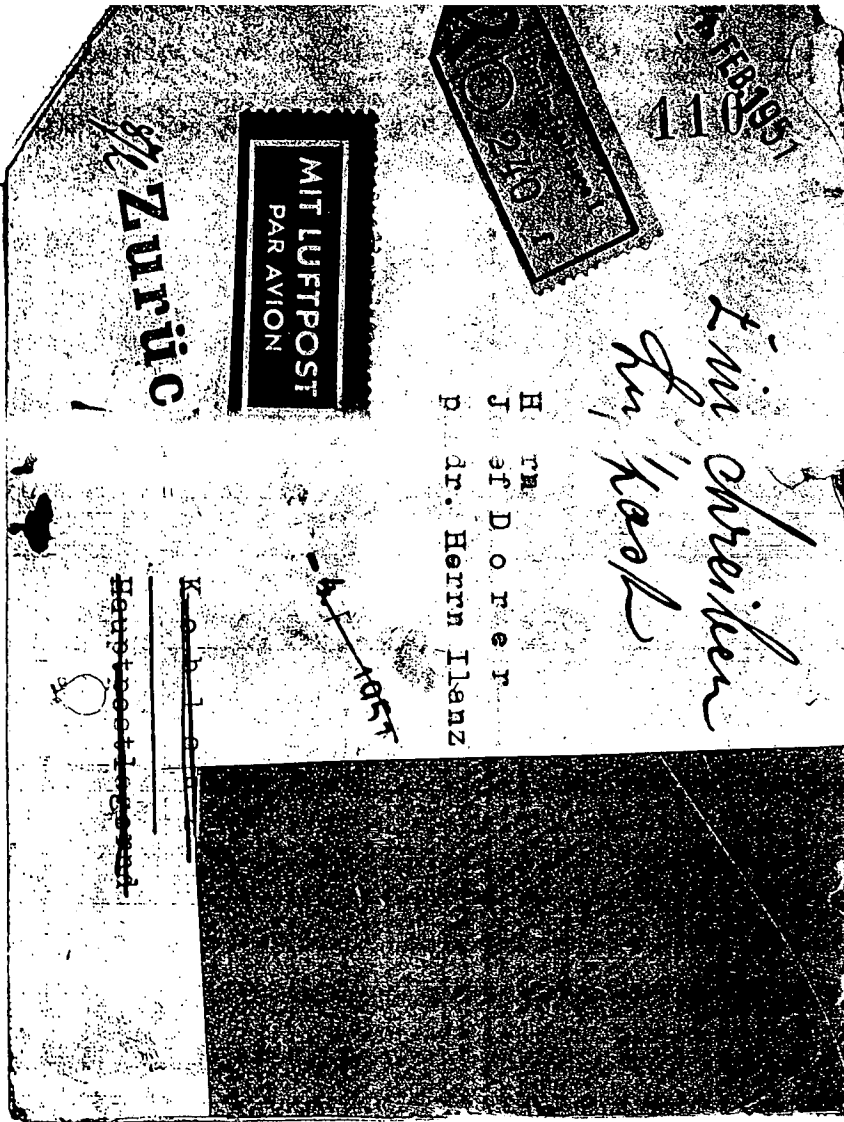
Ausserdem erwarten wir die Rückgabe des KgU-Ausweises, des Hausschlüssels und evtl. anderer noch in Ihren Händen befindlicher Gegenstände der KgU.

Hochachtungsvoll !

Tierich

BERLIN-NIKOLASSE, den 19.1.51.
Ernst-Ring-Straße 2
Telefon 84 43 46 und 84 46 73

109



rer !

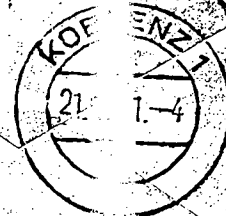
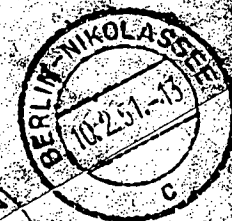
haben wir Ihnen im Dezember
dem Wege des Vergleichs das
nachträglich auszuzahlen.
nts von Ihnen gehört haben,
egenheit nunmehr erledigen
che Adresse das Gehalt für
werden soll.

die Rückgabe des KgU-Aus-
weises, des Hausschlüssels und evtl. anderer noch
in Ihren Händen befindlicher Gegenstände der KgU.

Hochachtungsvoll !

Tiering

Kampfgruppe gegen Menschlichkeit
Berlin - Nikolassee
Ernst Ring Str. 2



2/8/13
Postamt Koblenz
Nicht abgefordert

29.1.51

111

Fräulein
Ruth H e i d e n r e i c h

B e r l i n N 31
Usedomerstrasse 6

Sehr geehrtes Fräulein Heidenreich!

In der Anlage übersenden wir Ihnen die Papiere von Herrn Dorer
mit der Bitte, sie ihm zu übermitteln.

Hochachtungsvoll!

KAMPFGRUPPE GEGEN UNMENSCHLICHKEIT

I. *Blas*

2 Anlagen

Berlin, den 7. Februar 1951

Herrn
Josef Dorer
Berlin N 31
bei Heidenreich

Betr.: Arbeitsgerichtsprozess

Sehr geehrter Herr Dorer!

Ihr Brief vom 23.1.1951 gab mir Veranlassung, mit der KgU über die aussergerichtliche Beilegung des Prozesses zu sprechen. Das Ergebnis der Aussprache ist folgender Vorschlag, der sich auch in dem beigelegten Schriftsatz wiederfindet:

Die Kampfgruppe ist ohne Anerkennung einer Rechtspflicht im Vergleichswege bereit, Ihnen die Bezüge aus Dienstvertrag für Oktober und November 1950 zu zahlen. Diese errechnen sich wie folgt:

Oktober	Gehalt	287.39	
	Härtegeld	62.61	
		<hr/>	
		350.-- DM	350.-- DM
November	Gehalt	287.39	
	Härtegeld	62.61	
		<hr/>	
		350.-- DM	350.-- DM
			<hr/>
			700.-- DM
abzüglich gezahltes Oktobergehalt			<hr/>
			287.39 DM
			<hr/>
			412.61 DM

Ich bemerke, dass die Zubilligung des Härtegeldes eine freiwillige ist. Ueber den November hinaus wäre keine Gehaltszahlung in Frage gekommen.

Die in Ihrem Besitz befindlichen der KgU gehörigen Gegenstände (Hausschlüssel und Dienstaussweis) sind Zug um Zug gegen Zahlung zurückzugeben.

Die Abwicklung kann so vor sich gehen, dass Fräulein Ruth Heidenreich, welche mir bekannt ist, mit Schlüssel und Dienstaussweis zu mir kommt und ausserdem den von Ihnen unterzeichneten für das Arbeitsgericht bestimmten Schriftsatz mitbringt. Ich werde ihr dann gegen Uebergabe des Schriftsatzes mit Ihrer Unterschrift und des Schlüssels mit Dienstaussweis den Vergleichsbetrag auszahlen. Ich bitte Sie, mir Ihre Entschliessung bekanntzugeben, damit ich mir die Vergleichssumme besorgen kann. Ich Sorge alsdann für Einreichung des Schriftsatzes nach Vollständigung durch die Kampfgruppe an das Arbeitsgericht, so dass damit dieser Prozess seine Erledigung gefunden hat.

Hochachtungsvoll

Josef Dorer
 Berlin N 31
 Usedomerstrasse 6 bei Heidenreich
 Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
 Berlin-Nikolaasseestraße Ernst Ring Strasse 2

Berlin, den 7. Februar 1951

Arbeitsgericht von Gross-Berlin
 Berlin-Charlottenburg 2
 Hardenbergstrasse 31

4 Arb.693.50
 Dorer gegen Kampfgruppe

Die unterzeichneten Prozessparteien teilen mir, dass sie aussergerichtlich den folgenden Vergleich geschlossen haben:

1. Die Beklagte zahlt an den Kläger zum Ausgleich aller Ansprüche einschliesslich der Klagansprüche den Betrag von 412.61 DM-West.
2. Der Kläger erklärt, weitere Ansprüche gegen die Beklagte aus dem Dienstvertrage oder aus anderen Rechtsgründen nicht mehr zu haben.
3. Die Kosten des Rechtsstreits werden gegeneinander aufgehoben.
4. Der Kläger gibt an die Beklagte einen Hausschlüssel und einen Dienstaussweis Zug um Zug gegen Zahlung d. Vergleichssumme heraus.

Für Kläger:

Für Beklagte:

(Josef Dorer)

(Kampfgruppe gegen Unmenschl
 keit, i.V. Adolf Hellwig)

Handwritten note:
 Auf telef. Mitteilung des R. H. H. Egberts
 für Dorer den Vergleich angenommen.
 Der Vergleichsbetrag von 412,61 M. wurde für den
 Betrag zugeführt an H. Egberts überreichen.
 Gezeichnet 28/2.51

How

Dr. Georg E g b e r t - s

Berlin W 15

Sehr geehrter Herr Dr. Egberts!

Ich bestätige den Erhalt Ihres Schreibens vom 7. ds. Mts.
Gemäss Ihrem Vorschlag wird sich Ertl Heidenreich mit den
erforderlichen Unterlagen mit Ihnen in Verbindung setzen
und Ihnen diese gegen den vereinbarten Betrag aushändigen.

Höchstachtungsvoll!

Kg 2. i/t tal. varthant
Bakens obepaste

28.4

2

Dr. Georg Egberts

Rechtsanwalt und Notar

Berlin W 15, Meinekestr. 26

Telefon: Sammelnummer 91 63 17

Postcheck-Konto: Bln.-West 43312

Berlin, den 6. März 1951

115

An die
Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
Berlin-Nikolassee
Ernst Ring Strasse 2

Betr.: Angel Dorer

Zum Abschluss dieser Angelegenheit überreiche ich:

1. Schriftsatz zur Mitunterzeichnung und Weiterreichung an das Arbeitsgericht,
2. Brief Dorer vom 26.2.1951, worin er den Vergleich akzeptiert und Frl. Heidenreich Geldempfangsvollmacht ausstellt,
3. Quittung von Ruth Heidenreich über 412,61 DM-W,
4. in einem Umschlag: Personalausweis des Dorer und Hausschlüssel (Zeich-
ikon).

Hochachtungsvoll

Dr. Georg Egberts
Rechtsanwalt.

*Zu 1. Mitunterzeichnet
in Vertretung am 14/3.51
Hummel*

146

Q u i t t u n g

412.61 DM-W - vierhundertzwölf 61/100 DM-W
für Rechnung Josef Dorer von Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
zum Ausgleich aller Ansprüche gemäss Briefwechsel vom 7.2.1951
und 26.2.1951 erhalten zu haben, bescheinigt.
Berlin, den 6. März 1951

Kurt Gaidammer
(Kurt Heidenreich)